



# **Umfeldmonitoring 2008**

## **Dienst für politische Planung und Controlling**

**31.10.2008**  
**Version: 1.0**

## Inhaltsverzeichnis

Einleitung .....	3
Vorgehen.....	4
1. Staat und Bürger .....	5
1.1. Bürgerfreundliche Verwaltung.....	6
2. Sicherheit und öffentliche Ordnung .....	7
2.1. Öffentlicher Raum.....	8
3. Bildung und Forschung.....	9
3.1. Hochschullandschaft .....	10
4. Kultur, Sport und Freizeit .....	11
5. Gesundheit.....	12
5.1. Gesundheitsverhalten.....	13
6. Soziale Sicherheit.....	14
6.1. Integration und gesellschaftliche Solidarität.....	15
7. Verkehr.....	16
7.1. Steigende Mobilität .....	17
8. Umwelt und Raumordnung .....	18
8.1. Ökologischer Fussabdruck .....	19
8.2. Siedlungsdruck.....	20
9. Volkswirtschaft.....	21
9.1. Regionale Entwicklung und Standortattraktivität .....	22
10. Finanzen und Steuern .....	23
Anhang: Quellen.....	24

## Einleitung

Im Rahmen der Erarbeitung des Regierungsprogramms 2009-2013<sup>1</sup> kommt dem Umfeldmonitoring<sup>2</sup> und der Analyse der Staatstätigkeit eine Grundlagenfunktion zu. Die Ergebnisse fliessen in die SWOT<sup>3</sup>-Analyse und den Prozess der Zielformulierung sowie in den jährlichen Planungsprozess und die Erstellung des Aufgaben- und Finanzplans ein.

### **Frühwarnsystem**

Mit diesem Bericht wird die Regierung im Sinne eines Frühwarnsystems auf wichtige, zum Teil brennende Themen aufmerksam gemacht. Zur Identifizierung von künftigen Herausforderungen bedienen sich Bund und Kantone, aber auch multinationale Unternehmen und internationale Organisationen, solcher Instrumente. Ausschlaggebend für den zunehmenden Bedarf an solchen Führungsinstrumenten ist u.a. die steigende Abhängigkeit und Komplexität unterschiedlichster Gesellschaftsbereiche. Monitoringinstrumente können zielführend eingesetzt werden, um den kürzeren Reaktionszeiten und den wachsenden Herausforderungen an die Kommunikation begegnen zu können.

### **Agenda Setting und Themenbearbeitung (Issue Management)**

Ein Umfeldmonitoring dient der Überwindung des im operativen Alltagsgeschäft oft auf Kurzfristigkeit ausgerichteten Denken und Handelns und öffnet den Blick auf Themen, denen aufgrund der weit fortgeschrittenen Spezialisierung allenfalls wenig Beachtung geschenkt wird. Die Monitoringaktivitäten sollen die für den Kanton St.Gallen mittel- und langfristig relevanten Aufgabenfelder sichtbar machen. Relevant sind Themen dann, wenn die Regierung im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Zuständigkeit darauf Einfluss nehmen kann. Das Monitoring versetzt die Regierung zudem in die Lage, gegenüber der Bevölkerung proaktiv und rechtzeitig die richtigen Themen zu besetzen (Agenda Setting), diese zu gewichten und weiter zu bearbeiten (Issue Management<sup>4</sup>).

### **Blickrichtungen des Umfeldmonitorings**

Das Umfeldmonitoring enthält eine Darstellung der "Lage der Nation" in den zehn Politikbereichen gemäss harmonisiertem Rechnungsmodell. Mit Hilfe der drei Blickrichtungen (Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft) werden anschliessend Themen vertieft und die wichtigsten bisherigen Entwicklungen, gegenwärtigen Trends und zukunftsbezogenen Szenarien systematisch dargestellt. Sowohl die Vergangenheits- wie auch die Gegenwartsbetrachtung werden auf ihre Relevanz für den Kanton St.Gallen geprüft. Vor diesem Hintergrund sollen abschliessend Szenarien für denkbare und undenkbare Entwicklungen skizziert werden.

### **Informationstiefe und Quellen**

Die Informationstiefe wurde so gewählt, dass sich das Umfeldmonitoring und die Analysen der Departemente und der Staatskanzlei ergänzen. Um übergreifende Szenarien darstellen zu können, ist es wichtig, vorerst eine bewusst geringe Informationstiefe anzustreben. Dies bedeutet, dass zur Erstellung des Umfeldmonitorings kein Expertenwissen in die einzelnen Themenbereiche eingebracht werden darf bzw. dieses über die Informationsquellen und nicht über die Departemente erschlossen wird. Die Ergebnisse des Umfeldmonitorings stützen sich auf die Auswertung diverser Quellen<sup>5</sup>. Zur Beschreibung der tatsächlichen Entwicklung eignen sich in erster Linie statistische Publikationen wie z.B. das Statistische Jahrbuch der Bundeskanzlei oder die Publikationen der Fachstelle für Statistik des Kantons St.Gallen. Die Darstellung von Trends und Szenarien werden auf der Grundlage von Publikationen internationaler Organisationen, des Bundes und des Kantons erstellt. Zudem fliessen aktuelle Forschungsergebnisse und Experten-Know-How spezialisierter Lehrstühle und Hochschulinstitute ins Umfeldmonitoring mit ein.

## Vorgehen

Der methodische Ansatz zur Erarbeitung des Umfeldmonitorings umfasst vier sich ergänzende Prozessschritte:

### 1. Politikbereiche erfassen

In einem ersten Schritt werden die zehn Politikbereiche gemäss harmonisiertem Rechnungsmodell thematisch erfasst, d.h. es werden verwandte Themen systematisch aufgelistet und danach in übergeordneten Kategorien eingeteilt.

### 2. Allgemeiner Überblick erstellen

In einem zweiten Schritt wird für jeden Politikbereich eine allgemeine Übersicht erstellt, die sich an der obigen Kategorisierung orientiert. Ziel dieses Überblicks ist es, einen Gesamteindruck der Thematik zu erhalten sowie Themenschwerpunkte und aktuelle Entwicklungen aufzuzeigen.

### 3. Themenbestimmung

Der dritte Schritt sieht eine Themenbestimmung anhand von zuvor bestimmten Kriterien vor.

*Kriterien für Themenbestimmung:*

- Bestehender Handlungsbedarf
- Nachhaltigkeit
  - Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit
  - Gesellschaftliche Solidarität
  - Ökologische Verantwortung
- Schnittstellen: Umwelt, Gesellschaft, Wirtschaft
- Kantonaler Handlungsspielraum
- Abstimmung auf Analyse der Staatstätigkeit

### 4. Umfeldmonitoring erstellen

Nach der Auswahl der Themen erfolgt das eigentliche Umfeldmonitoring. Dabei werden die zuvor bestimmten Themen weiter bearbeitet.



Grafik "Umfeldmonitoring"

## 1. Staat und Bürger

Ausgangslage	Ausgewählte Themen
<p>Die zunehmende <b>internationale Verflechtung</b> von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik fordern den Kanton St.Gallen auf verschiedenen Ebenen heraus. Viele Probleme lassen sich auf kantonaler Ebene nicht mehr ausreichend, effizient und wirkungsvoll lösen. Auch halten sich heutige Probleme nicht mehr an sachliche und territoriale Kompetenzordnungen. Die geltenden Kompetenzordnungen sind auf den einstigen, gerade noch überblickbaren Verhältnissen aufgebaut; heute lösen sich diese Grenzen auf.<sup>6</sup> Die Fähigkeit, mit lokalen, kantonalen, nationalen und internationalen Akteuren zusammenzuarbeiten sowie Nichtregierungsorganisationen in die Meinungsbildung mit einzubeziehen, ist daher eine wichtige Voraussetzung für staatliches Handeln geworden. Auch die Koordination zwischen den Departementen sowie die Querschnittsleistungen gewinnen zunehmend an Bedeutung.<sup>7</sup> Die internationale Verflechtung führt gelegentlich zu einem Spannungsfeld zwischen Transparenz und Datenschutz. So gibt es internationale Verpflichtungen und Mindeststandards, die einer möglichst umfassenden Transparenz staatlicher Tätigkeit – wie sie in Art. 60 der Kantonsverfassung (sGS 111.11) mit dem Öffentlichkeitsprinzip unter Geheimhaltungsvorbehalt gefordert wird – entgegen stehen.<sup>8</sup></p> <p>Nachdem in den 1990er-Jahren die <b>Modernisierungsprozesse</b> in Richtung neue Verwaltungsführung und Verbesserung der Steuerungsfähigkeit des Staates im Vordergrund standen, sind künftig der Umgang mit Informationen und die weitere Entwicklung der <b>Informationsgesellschaft</b> eine zunehmende Herausforderung für die staatlichen Institutionen. Moderne Informationspolitik, E-Government, E-Health, Informationssicherung, Bedeutung und Rollenwandel der Medien sind dabei die zentralen Themen.<sup>9</sup> Für die Führung seiner Unternehmen braucht der Staat (<b>Public Corporate Governance</b>). Zunächst muss er klären, welche Ziele er mit seinen Beteiligungen verfolgt (Eigentümerstrategien). Diese Ziele zu kommunizieren und deren Erreichung zu beurteilen, ist seine politische Steuerungsaufgabe. Auch bei den Verwaltungsräten besteht Optimierungspotenzial. Insgesamt ist viel zu gewinnen, wenn das Bewusstsein für Public Corporate Governance wächst.<sup>10</sup></p> <p>Die Vielfalt der Menschen in unserer Gesellschaft ist Realität und fordert eine entsprechende Haltung der Verwaltung. Lebensformen, Biografien und Mobilität verlangen von der öffentlichen Verwaltung als Dienstleistungsunternehmen Know-how in der Umsetzung von Diversity Management.<sup>11</sup> Die <b>Anspruchshaltung der Bevölkerung</b> an die Kantone verändert sich. Statt alltagsnaher Identitätsstiftung werden Leistungen eines abstrakten Dienstleistungsunternehmens erwartet. Die institutionellen Kanäle der Einflussnahme können ihre Ventilfunktion nicht mehr wahrnehmen. Die Kantone stehen im Spannungsfeld zwischen Konkurrenz und Solidarität.<sup>12</sup> Diese Entwicklung hat für das <b>Verhältnis Staat-Bürger</b> weit reichende Konsequenzen. Das Vertrauen zwischen Bürger und Staat spielt eine immer grösser werdende Rolle; Transparenz, offene Informationspolitik, Zugänglichkeit von amtlichen Dokumenten sowie effiziente Verwaltungsabläufe sind die Grundvoraussetzung, wenn der Staat als Partner akzeptiert werden will. E-Government sowie E-Voting können dabei als Schlüsselgrösse für die Regierungs- und Verwaltungstätigkeit gesehen werden. Dazu sind die Schaffung von entsprechenden Rechtsgrundlagen und eines koordinierten Kontrollprozesses unabdingbar.<sup>13</sup></p>	<p><b>1.1. Bürgerfreundliche Verwaltung</b></p> <p>Der öffentliche Aufgabenbereich hat sich wider alle Mahnungen zur Reduktion der Staatsquote erheblich ausgeweitet. Die neuen Verflechtungsstrukturen des Politikanspruchs gegenüber der Wirtschaft und der Gesellschaft und umgekehrt führen zur Steigerung der Komplexität.<sup>14</sup> Die Verwaltung hat sich gleichzeitig zu einem kundenorientierten Dienstleistungsunternehmen entwickelt. Von ihr werden Kompetenz und Bürgerfreundlichkeit erwartet. Um den Ansprüchen zu genügen, wird auf eine vertrauensbildende Kommunikation gesetzt. Nur ein gutes Image schafft dieses Vertrauen, was Image zum Erfolgsfaktor für die Verwaltung macht.<sup>15</sup></p>

## 1.1. Bürgerfreundliche Verwaltung

Tatsächliche Entwicklung	Trends	Szenarien
<p>Zwischen Behörden und Privaten besteht ein institutionell begründetes Machtgefälle. Zu denken ist an die Befugnis, rechtlich bindende Entscheidungen zu fällen, und an die Sanktionsmittel. Eine moderne öffentliche Verwaltung ist sich der verschiedenen Asymmetrien in ihrer Kommunikation mit Privaten bewusst. Eine gute Kommunikation zwischen Staat und Bürger baut auf sachlicher Richtigkeit, angemessener Sprache und aufrichtiger Haltung auf.<sup>16</sup> Marketingorientierung in öffentlichen Verwaltungen bedeutet in diesem Sinne ein konsequentes Einbeziehen der verschiedenen Zielgruppen und Partner in das gesamte Handeln. Je nach Bedeutung der verschiedenen Beziehungsgruppen ist es ratsam, einzelne Marketinginstrumente für jede Zielgruppe speziell festzulegen.<sup>17</sup></p> <p>Die stetig anwachsende Regelungsdichte sowie die formellen Anforderungen für Verwaltungshandeln bewirken gleichzeitig mehr Beratungs- und Verarbeitungszeit in der Verwaltung.<sup>18</sup></p>	<p>Bis 2003 galt im Kanton das Geheimhaltungsprinzip mit Öffentlichkeitsvorbehalt. Mit der Revision der Kantonsverfassung wurde das Öffentlichkeitsprinzip mit Geheimhaltungsvorbehalt umgesetzt. Mit dem Entwurf des Informationsgesetzes wird Art. 60 der Kantonsverfassung (sGS 111.1) konkretisiert. Das Öffentlichkeitsprinzip steht für ein durchsetzbares Recht der einzelnen Person auf Zugang zu amtlichen Informationen. Damit wird ein wichtiger Schritt auf dem Weg zur bürgerfreundlicheren Verwaltung umgesetzt.</p> <p>Mit den Instrumenten des E-Government wurden technische Hürden zwischen Staat und Bevölkerung abgebaut. Der orts- und zeitunabhängige Zugang zu Informationen und die Transaktionen im Internet zur Erledigung von Geschäften zwischen Verwaltung und ihren Kund/innen wirken sich positiv auf das Image der Verwaltung in der Öffentlichkeit und die Bürgerfreundlichkeit der Verwaltung aus.</p>	<p><b>Verstärkter Trend</b> Das Öffentlichkeitsprinzip wird so umgesetzt, dass Betroffene und Interessierte unkompliziert Zugang zu Informationen der Verwaltung erhalten. Die Verwaltung informiert von sich aus transparent und proaktiv. Analog den jüngsten Mitgliedstaaten der EU werden Behördenkontakte und Verwaltungshandeln zunehmend elektronisch abgewickelt. Die Verwaltung tritt als innovativer Dienstleister auf, bedient zielgruppengerecht und vereinfacht Abläufe und Verfahren laufend.</p> <p><b>Gebrochener Trend</b> Die Verwaltung schafft komplizierte und für die Bürger/innen nicht nachvollziehbare Strukturen und Verfahren. Das Machtgefälle wird bei unbequemen Bürgerfragen und -anliegen gezielt ausgenutzt. Mit einer Informationsflut wird die Informationspflicht umgangen.</p>
Herausforderungen	Chancen	Gefahren
<p>Immer komplexer werdende Sachverhalte, gesetzliche Regelungen und staatliches Handeln gilt es verständlich, nachvollziehbar und nach den Regeln der Kommunikation zu erklären.</p>	<p>Das Image des Kantons in der Öffentlichkeit verbessert sich nachhaltig. Die Auffassung von der Notwendigkeit des Staates und dem Sinn und Zweck seiner Tätigkeiten wird gestärkt.</p>	<p>Die Legitimation für verstärkte Kommunikations- und Marketinganstrengungen kann mit Verweis auf die Kernaufgaben des Staates geschwächt werden.</p>

## 2. Sicherheit und öffentliche Ordnung

Ausgangslage	Ausgewählte Themen
<p>Die <b>physische Sicherheit</b> gehört zu den Grundbedürfnissen der Menschen. Gewaltereignisse, Naturkatastrophen, Verkehrsunfälle, Kriminalität und Terrorismus bestimmen massgeblich das <b>Sicherheitsgefühl</b> der Bevölkerung. Im Kanton St.Gallen lag im Jahre 2007 die Zahl der polizeilich registrierten <b>Straftaten</b> 6,2% höher als im Vorjahr, die Straftaten nach Strafgesetzbuch (StGB) stiegen sogar um 9,2%. Zugenommen haben insbesondere Gewaltdelikte wie Körperverletzung, Tötlichkeiten, Raufhandel und Raub, während Vermögensdelikte wie Diebstahl nahezu stabil blieben. Von den im Jahre 2007 erfassten Straftaten (29'584) wurden bisher 33,7% aufgeklärt, wobei die Zahl je nach Deliktskategorie sehr unterschiedlich ist und beispielsweise bei den Tötungsdelikten bei 100% liegt. Bei den polizeilich ermittelten Täter/innen führt die Altersgruppe 18-24, der Ausländeranteil an der Gesamtkriminalität liegt bei 46,7%.<sup>19</sup></p> <p>Die <b>Kriminalitätsbelastung</b> nach StGB ist in den einzelnen Polizeiregionen sehr unterschiedlich. Während in der Stadt St.Gallen eine leichte Abnahme zu verzeichnen ist (-7,9%), nahmen Straftaten in den Landregionen zu (+16,9%). Trotzdem weist die Stadt St.Gallen, gerechnet im Verhältnis zur Einwohnerzahl, eine etwa doppelt so hohe Kriminalbelastung auf wie ländliche Regionen. Generell sind Städte einer höheren Belastung ausgesetzt als Dörfer, dies aufgrund ihrer Zentrumswirkung, der reduzierten sozialen Kontrolle sowie den erhöhten Möglichkeiten zur Deliktsbegehung.<sup>20</sup></p> <p>Die Tendenz zur <b>Gewaltbereitschaft</b> manifestierte sich auch im Jahre 2007. Die Statistik weist 1'503 Straftaten gegen Leib und Leben aus, das sind 37% mehr als im Vorjahr. Insbesondere im Raufhandel zeigt sich das beträchtliche Eskalationspotential, wie heute aus geringfügigem Anlass oder gezielt durch Provokation tätliche Auseinandersetzungen gesucht und ausgetragen werden.<sup>21</sup> Auch die <b>Jugendkriminalität</b> entwickelt sich vermehrt zu einem gesellschaftlichen Problem. Der Anteil der Jugendlichen bei den ermittelten Tätern lag 2007 bei der Gesamtkriminalität bei 21,1%. Deren Zahl stieg vor allem bei Delikten gegen Leib und Leben (+45%) sowie Gewaltdelikten (+58%), wobei der Anteil der ausländischen Jugendlichen bei diesen Straftaten mehr als die Hälfte betrug. Trotz dieser Entwicklung ist vor einer Verallgemeinerung zu warnen, wird das Phänomen der Gewalt in ihren Erscheinungsformen doch stark von der <b>öffentlichen Wahrnehmung</b> und den <b>Medien</b> geprägt.<sup>22</sup></p> <p>Grösser als das Risiko, von einem Gewaltdelikt betroffen zu werden, ist die Wahrscheinlichkeit, in einen <b>Verkehrsunfall</b> verwickelt zu sein. Obwohl die Zahl der Unfälle mit Todesfolge im letzten Jahr um 25% zurückgegangen ist, nahmen Unfälle mit Leicht- und Schwerverletzten um 20% zu. Grund dafür sind meist übersetzte Geschwindigkeit und Missachtung des Vortrittsrechts.<sup>23</sup></p>	<p><b>2.1. Öffentlicher Raum</b></p> <p>Sich sicher zu fühlen, aber auch wirklich sicher zu sein, sind zentrale Faktoren der Lebensqualität. Ein sicherer öffentlicher Raum zeichnet sich dadurch aus, dass er hindernisfrei zugänglich, belebt und gut beleuchtet ist sowie entsprechend unterhalten wird. Wohlbefinden, Sauberkeit und Ordnung tragen zu einem guten Sicherheitsgefühl bei, während Vandalismus, Littering, Verwahrlosung, Gewalt und Kriminalität als bedrängend bzw. Lebensqualität vermindern empfunden werden. Das Sicherheitsempfinden ist auch stark subjektiv, d.h. von persönlichen Erfahrungen, geprägt. Zudem wird es von medialen Wahrnehmungen beeinflusst. Die Sicherheit im öffentlichen Raum wird folglich auch unterschiedlich wahrgenommen.</p>

## 2.1. Öffentlicher Raum

Tatsächliche Entwicklung	Trends	Szenarien
<p>Eine Bevölkerungsbefragung der Stadt St.Gallen belegt, dass die öffentliche Sicherheit insbesondere von Frauen und Personen über 60 Jahren als sehr wichtig empfunden, die Zufriedenheit mit der öffentlichen Sicherheit jedoch nur als genügenden eingestuft wird. Besonders in der Nacht fühlt sich ein wachsender Anteil der St.Galler/innen unsicher. Zudem geben 66% der Befragten an, bestimmte Orte des Stadtgebietes aus Sicherheitsgründen bewusst zu meiden.<sup>24</sup></p> <p>Seit einigen Jahren bestimmen Jugendkriminalität und Jugendgewalt die öffentliche Wahrnehmung. Thematisiert werden Gewalthandlungen und das gesteigerte Aggressionspotenzial. Auch exzessiver Alkoholkonsum sowie subtile Formen der Demütigung stehen im Vordergrund. Laut Statistik der Kantonspolizei hat die Jugendkriminalität in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Der Anteil jugendlicher Straftäter an der Gesamtkriminalität lag 2007 bei 21,1% (+2,9%). Diese Zunahme verschleiern jedoch die Tatsache, dass ein Grossteil der statistisch erfassten Gewalttaten von einem kleinen Anteil der Jugendlichen begangen wird; von den insgesamt über 50'000 Jugendlichen, die im Kanton leben, werden knapp 0,8% straffällig.<sup>25</sup></p>	<p>Die abnehmende Präsenz von Bahnpersonal sowie begrenzte Mittel im öffentlichen Verkehr wirken sich negativ auf die Sicherheit aus. Vandalenakte, Pöbeleien und Belästigungen in Bussen und Zügen nehmen zu; als Folge fühlen sich Fahrgäste (insbesondere Frauen) zunehmend unwohl, und gerade nachts wird das Zug- und Busfahren zum Problem.<sup>26</sup></p> <p>Die sichtbare Zunahme von Vandalismus an öffentlichen Einrichtungen, die Verwahrlosung des öffentlichen Raumes, aber auch Ruhestörungen, Littering und Massenbesäufnisse werden von der Bevölkerung immer mehr als Bedrohung empfunden. Selbst das blosse 'Rumhängen' von Jugendlichen auf Strassen und öffentlichen Plätzen wirkt neu als störend.<sup>27</sup></p> <p>Wegen der steigenden Jugendkriminalität läuft im Kanton St.Gallen seit 2007 ein Pilotprojekt mit jungen Polizeibeamt/innen. Die Aufgabe der Jugendkontaktbeamten ist es, sowohl präventiv als auch repressiv gegen Gewalt und Kriminalität zu wirken. Ziel ist es, die Jugendlichen bei Problemen zu beraten, und bei gesellschaftlichen und rechtlichen Verstössen gezielt einzuschreiten.<sup>28</sup></p>	<p><b>Verstärkter Trend</b> Die Beanspruchung von Plätzen durch einzelne Gruppen führt dazu, dass ein Grossteil der Bevölkerung diese Orte meidet. In Extremfällen trägt dieses Verhalten zur Ghettoisierung bei.<sup>29</sup> Die Durchführung von Grossanlässen (Sport, Kultur, Demonstrationen) verlangt eine immer grössere Polizeipräsenz; dadurch fehlen Polizeikräfte auf anderen Polizeistationen.<sup>30</sup></p> <p><b>Gebrochener Trend</b> Sichtbare Polizeipräsenz verhindert Ghettoisierung und erhöht das subjektive Sicherheitsempfinden. Die Polizei arbeitet eng mit Jugendverantwortlichen und der Staatsanwaltschaft zusammen; zudem greift sie bei Straffälligkeiten rasch ein.<sup>31</sup> Auch die Aufstockung des Polizeikorps stellt einen wichtigen Schritt zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum dar.<sup>32</sup></p> <p>Mit gezielten Aktionen wird die Bevölkerung auf das Problem Littering aufmerksam gemacht; dadurch wird präventiv auf korrekte Verhaltensregeln hingewiesen. Auch bauliche Massnahmen (Videokameras, Abfallbehälter, Sitzbänke, Strassenlampen, öffentliche Toiletten) beeinflussen das subjektive Sicherheitsgefühl. Der öffentliche Raum wird von der Bevölkerung wieder in Besitz genommen; dadurch steigt die Verantwortung und die soziale Kontrolle beginnt zu spielen.<sup>33</sup></p>
Herausforderungen	Chancen	Gefahren
<p>Eine aktive Gestaltung des öffentlichen Raumes bei gleichzeitiger Berücksichtigung unterschiedlicher Nutzungswünsche verbessert das Sicherheitsgefühl im öffentlichen Raum nachhaltig.</p>	<p>Ein reiches Angebot an Freiräumen und Freizeitmöglichkeiten bietet Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine breite Palette an Möglichkeiten für Freizeitgestaltung an. Die Förderung des aktiven Engagements von Jugendlichen wirkt sich zudem positiv aus.</p>	<p>Eine einseitige Fokussierung auf polizeiliche Repressionen (Bussen, Polizeistunden, Wegweisungen) bekämpft lediglich die Folgen, nicht aber die Ursachen der Verwahrlosung des öffentlichen Raums.</p>



### 3. Bildung und Forschung

Ausgangslage	Ausgewählte Themen
<p>Die Einschätzung von Nobelpreisträger Murray Gell-Mann trifft zu: "Die <b>synthetisierende Intelligenz</b> wird die wichtigste Intelligenz des 21. Jahrhunderts sein." Die öffentliche Bildung und Forschung ist gefordert, die "Kunst der Synthese" aus der zunehmenden Menge an Informationen zu vermitteln und zu fördern. Probleme wie Armut, Verbrechen, Krankheit und Klimaveränderung lassen sich nur lösen, wenn Vertreter/innen aus verschiedenen Gesellschaften und Fachdisziplinen zusammenarbeiten. In der Praxis werden kreative Arbeiten oder Problemlösungen immer weniger von Einzelnen übernommen, weil grössere Teams reibungslos und zeitnah zusammenarbeiten können. Informationen überfluten die Menschen, deren Wert vielfach fragwürdig ist. Umso wichtiger ist es zu entscheiden, worauf zu achten ist und was ignoriert werden kann. Informationen sind auf gekonnte und einprägsame Weise zusammenzustellen. Der Mensch von heute muss in der Lage sein, die zusammengefasste Information effizient und effektiv an andere weiterzugeben. Hinzu kommen vier unverzichtbare Facetten der Intelligenz: Disziplin, Kreativität, Respekt und Ethik. Die wichtigste Aufgabe der Lehrkräfte und Professor/innen besteht deshalb darin, Persönlichkeiten zu fördern, die diese fünf Intelligenzen verkörpern.<sup>34</sup></p> <p>Der Anteil der <b>öffentlichen Bildungsausgaben</b> am Bruttoinlandprodukt (BIP) ist in der Schweiz seit 1990 in zwei Wachstumsphasen mit einem zwischenzeitlichen leichten Rückgang gestiegen. Im Jahr 2005 betragen die Ausgaben 5,8% des BIP (Kindergarten 0,2%, Obligatorische Schule 2,8%, Sekundarstufe II 1,2%, Tertiärstufe 1,5%, Andere 0,1%).<sup>35</sup></p> <p>Auch steigt seit 1991 der Anteil der Schweizer Bevölkerung mit einem <b>Tertiärabschluss</b> (Fachhochschule oder Universität) kontinuierlich an. Es ist damit zu rechnen, dass sich dieses Wachstum fortsetzen und die Zahl der Studierenden gegen 2012 bei über 200'000 liegen wird (+13% im Vergleich zu 2007). Die Gründe dafür sind geburtenstarke Jahrgänge (dieser Effekt hält bis etwa 2012 an), vermehrter Besuch der gymnasialen Bildungswege auf der Sekundarstufe II und die erwarteten substanziellen Entwicklungen auf der Masterstufe (Bologna Reform). Die Zunahme der Studierenden an den Universitäten wird mit durchschnittlich plus 2,2 bis 2,4% pro Jahr mindestens bis 2012 anhalten. Die Gesamtzahl der Studierenden an den Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen der Bachelor-, Diplom- und Masterstufe werden voraussichtlich von 2007 bis 2017 um insgesamt 14 bis 25% zunehmen.<sup>36</sup> Diese Entwicklung, welche andere europäische Länder bereits früher durchlaufen haben, wird als 'academic drift' bezeichnet.</p>	<p><b>3.1. Hochschullandschaft</b></p> <p>Die Bildungslandschaft und die Bildungsnachfrage ist bis zu einem gewissen Grad ein Spiegel der Gesellschaft. Die Volksschule wird deshalb regelmässig den Anforderungen von Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft angepasst. Vor dem Hintergrund der Dynamik unserer Wissensgesellschaft ist Schulentwicklung in der Volks- und Mittelschule selbstverständlich geworden.</p> <p>Den Hochschulen attestiert man gemeinhin, dass sie sich unter der Prämisse der Freiheit von Lehre und Forschung autonom und in die richtige Richtung entwickeln. Weil diese Annahme mit Blick auf die gestiegenen Anforderungen an die Qualifikationen künftiger Generationen zu überprüfen ist, widmet sich das Umfeldmonitoring dem Thema "Hochschullandschaft".</p>

### 3.1. Hochschullandschaft

Tatsächliche Entwicklung	Trends	Szenarien
<p>Bis Ende 2008 will der Bundesrat den Entwurf für ein Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG) zuhanden der Eidgenössischen Räte verabschieden.<sup>37</sup></p> <p>Die Regierung hat in ihrer Vernehmlassung zum HFKG darauf hingewiesen, dass sie eine Typologisierung der Hochschulen im Gesetz ablehnt. Es gibt jedoch zunehmende Überschneidungen zwischen den beiden Grundtypen 'universitäre Hochschule' und 'Fachhochschule'. Weitere Entwicklungen im dynamischen Hochschulraum Schweiz werden mit einer Legaldefinition erschwert.<sup>38</sup></p> <p>Die Mobilität der Hochschulabsolvent/innen ist im Kanton St.Gallen hoch; die kantonale Verwurzelung sinkt mit der zunehmenden Höhe des Bildungsniveaus. Während beispielsweise gut zwei Drittel der im Kanton Zürich geborenen Personen auch nach dem Studium im Kanton Zürich leben, sind dies in St.Gallen nur knapp 40% und im Thurgau sogar lediglich 30%.<sup>39</sup></p>	<p>Seit 1990 ist der 'academic drift' auch in der Schweiz nachgewiesen.<sup>40</sup> Die steigende Nachfrage nach immer höheren Bildungsabschlüssen wird zur tendenziellen Auflösung der ursprünglich geplanten Unterschiede zwischen Fachhochschulen und Universitäten führen.<sup>41</sup> Dadurch werden die Bildungsabschlüsse entwertet und Zweitausbildungen sowie Weiterbildungen gewinnen an Wert. Die Entwertung der Tertiärabschlüsse dürfte durch das prognostizierte Wachstum der Schweizer Hochschulen noch beschleunigt werden, falls sich das Betreuungsverhältnis zwischen Lehrenden und Lernenden und damit die Qualität von Lehre und Forschung verschlechtert.<sup>42</sup> Allein mit einer Steigerung der öffentlichen Mittel für den Hochschulbereich kann dieser Entwicklung nicht wirksam begegnet werden. Um eine konkurrenzfähige Hochschullandschaft Schweiz zu erhalten, sind eine gemeinsame strategische Planung auf nationaler Ebene und eine klare Aufgabenteilung, stärkere Steuerung über Finanzierungsmechanismen, der Einsatz von Leistungsvereinbarungen und eine laufende Evaluierung der Institutionen notwendig.<sup>43</sup></p>	<p><b>Verstärkter Trend</b> Der Kanton etabliert sich in der Ostschweiz als führender Hochschulstandort, indem Universität und Fachhochschule/PH in strategischer Partnerschaft mit den Nachbarkantonen und -ländern ein gemeinsames überdurchschnittliches Lehr- und Forschungsportfolio anbieten und in enger Zusammenarbeit mit dem Bund den Technologietransfer optimal fördern.</p> <p>Die Universität und die Fachhochschule/PH heben sich in ihren strategischen Kernbereichen von den übrigen Hochschulen ab. Die Drittmittelfinanzierung und die kantonale Verwurzelung der Absolvent/innen steigen. An den Hochschulen wird ein auf volkswirtschaftlichen Mehrwert ausgerichteter Wissens- und Technologietransfer (WTT)-Prozess sichergestellt.</p> <p><b>Gebrochener Trend</b> Die Ostschweizer Kantone und Nachbarländer einigen sich nicht auf eine gemeinsame Strategie für den Hochschulbereich. Der Kanton wird zum Einzelkämpfer. Qualität und Ansehen der Hochschulen und damit die Eigenfinanzierung sinken.</p>
Herausforderungen	Chancen	Gefahren
<p>Die Befriedigung der steigenden Nachfrage nach tertiärer Bildung ist mit höheren Kosten verbunden.<sup>44</sup> Gleichzeitig garantiert ein hoher Mitteleinsatz allein die Qualität von Lehre und Forschung nicht – wichtiger ist die optimale Grösse einer tertiären Bildungsinstitution.</p>	<p>Aktives Mitgestalten der Hochschullandschaft schafft optimale Rahmenbedingungen und Anreize für Universität und Fachhochschulen/PH. Nachfrageorientierte Leistungsaufträge werden entwickelt und die hohen Qualitätsstandards eingehalten.</p>	<p>Die Steigerung des öffentlichen Mitteleinsatzes führt nicht zwangsläufig zu mehr Qualität. Das Wachstum der Hochschulen führt zu einem 'Gemischtwarenladen' und die Konzentration auf Kernkompetenz geht verloren.</p>

#### 4. Kultur, Sport und Freizeit

Ausgangslage	Ausgewählte Themen
<p>Kultur- und Freizeitangebote sind zunehmend bedeutend für die Identität der Gesellschaft und die Standortattraktivität. Zahlreiche Studien bekräftigen die volkswirtschaftliche Bedeutung von attraktiven Kulturinstitutionen. Gezielte Investitionen in Kulturinfrastruktur kurbeln über verschiedene Beschäftigungseffekte und die Nutzung der umliegenden Infrastruktur die direkte Wertschöpfung des Kantons St.Gallen an. Zudem lösen sie wirtschaftliche Entwicklungsimpulse aus und schärfen die Ausstrahlung des gesamten Kantons.<sup>45</sup></p> <p>Die <b>Mediennutzung</b> ist eine der Freizeitaktivitäten, welche am häufigsten ausgeübt wird. Andere kulturelle Aktivitäten, die oftmals grösseren Aufwand erfordern, werden von weniger Menschen und seltener praktiziert; Theater-, Opern- und Ausstellungsbesuche sowie der Gang ins Kino finden einmal im Monat oder noch seltener statt. Dem breiten Angebot an elektronischen Medien entspricht eine deutliche Zunahme der Mediennutzungszeit: Im langjährigen Vergleich nimmt vor allem die Fernsehnutzung deutlich zu; zwischen 1985 und 2006 stieg sie in der Deutschschweiz von 123 Minuten pro Tag auf 146 Minuten. Demgegenüber ist die Nutzung des Radios seit dem Jahr 2000 rückläufig. Beeindruckend ist die Entwicklung der Internetnutzung: 1997 surfte lediglich 7% der Bevölkerung im Netz, im Jahr 2000 waren es bereits 32%, und im Jahr 2006 gingen 64% der Erwachsenen und Jugendlichen ab 14 Jahren täglich oder zumindest mehrmals pro Woche online. Seit dem Jahr 2000 ist die Zahl der privaten Nutzer sogar höher als die der beruflichen.<sup>46</sup></p> <p>Freunde treffen, Lesen und Spazieren sind laut der Studie "Freizeitgestaltung in der Schweiz" die beliebtesten <b>Freizeitbeschäftigungen</b> der Schweizer Bevölkerung. Rund drei Viertel der Bevölkerung lesen zum Beispiel täglich. Rund zwei Drittel der Befragten gehen regelmässig ins Kino, ins Theater, in die Oper oder in eine Kunstaussstellung. 62% treiben in der Freizeit regelmässig Sport. Je höher das Einkommen oder das Bildungsniveau, desto häufiger nimmt eine Person in ihrer Freizeit an einer Kulturveranstaltung teil, liest Bücher, treibt Sport oder bildet sich weiter. Das Geschlecht hat dagegen einen geringen Einfluss auf das Freizeitverhalten.<sup>47</sup></p> <p>Gemäss der Studie "Sport Schweiz 2008" treiben knapp drei Viertel (73%) der Schweizer Wohnbevölkerung im Alter von 15 bis 74 Jahren zumindest ab und zu Sport. Zwei Fünftel der Bevölkerung (40%) treiben mehrmals pro Woche insgesamt drei Stunden oder mehr Sport. Ein gutes Viertel (27%) ist mindestens einmal pro Woche sportlich aktiv, ein Sechzehntel (6%) treibt nur unregelmässig Sport, während das übrige Viertel (27%) angibt, keinen Sport zu treiben. Der Anteil an <b>regelmässig Sporttreibenden</b> (mehrmals pro Woche sportlich aktiv) ist in den letzten 14 Jahren steil angestiegen. Gleichzeitig ist aber auch der Anteil an <b>Nichtsportlern</b> gewachsen und liegt heute wieder ungefähr auf dem Stand von 1978. Nahezu verschwunden sind dagegen die Gelegenheitssportler (weniger bis einmal pro Woche sportlich aktiv). Die meisten Nichtsportler haben keine grundsätzlichen Vorbehalte gegen den Sport; Zeitmangel (42%) wird am häufigsten als Grund dafür angegeben, dass man keinen Sport treibt. 98% der Befragten sind der Meinung, dass der Sport einen positiven Beitrag an die Entwicklung von Kindern und Jugendlichen leistet.<sup>48</sup></p>	

## 5. Gesundheit

Ausgangslage	Ausgewählte Themen
<p>85% der Kantonsbevölkerung fühlen sich gesund oder sehr gesund. Für neun von zehn Männern und Frauen ist die <b>Gesundheit</b> zudem ein wichtiges Thema. Im Kanton St.Gallen erfreuen sich die Einwohner/innen einer überdurchschnittlich guten psychischen Gesundheit; kein Kanton der Schweiz vermag hier einen grösseren Anteil aufzuweisen. Den grössten Einfluss auf das gesundheitliche <b>Wohlbefinden</b> haben das Geschlecht und das Alter; Männer fühlen sich allgemein besser als Frauen und leiden nur halb so oft unter Beschwerden wie Schlafstörungen, Kopf- und Rückenschmerzen oder Schwächegefühl – diese Beschwerden weisen oft auf psychosoziale Belastungen und Stress hin. Jedoch zeigt sich, dass Männer öfter von erhöhten Cholesterinwerten und vermehrtem Übergewicht betroffen sind.</p> <p>Die St.Galler/innen konsumieren weniger <b>Medikamente</b> als der Durchschnitt aller Schweizer/innen. Hinsichtlich des <b>Tabakkonsums</b> fällt auf, dass er bei den 15- bis 34-Jährigen vergleichsweise weit verbreitet ist. Bei den gesundheitsrelevanten Verhaltensweisen – insbesondere beim Bewegungsverhalten – zeigt sich wie in der übrigen Schweiz, dass sich die Leute bei der Arbeit und im Alltag wenig bewegen, und der <b>Bewegungsmangel</b> durch Aktivitäten in der Freizeit nur ungenügend kompensiert wird. Vom Bewegungsmangel sind insbesondere Personen mit tiefem Bildungs- und Berufsstatus sowie generell Ausländer/innen betroffen.</p> <p>In den letzten 20 Jahren weist die <b>Sterblichkeit</b> im Kanton St.Gallen einen Rückgang auf. Die Analyse der ausgewählten Todesursachen zeigt, dass zahlenmässig die Herz-/Kreislaufkrankheiten die häufigsten Todesursachen im Kanton sind und diese zudem häufiger als im gesamtschweizerischen Durchschnitt auftreten. Besonders auffallend ist auch die im Vergleich zur Schweiz hohe Suizidrate bei den Männern. Positiv zu vermerken ist jedoch die im Vergleich zur Gesamtschweiz unterdurchschnittliche Sterberate aufgrund von Krebsleiden.</p> <p>Im interkantonalen Vergleich zeigt sich im Kanton St.Gallen eine unterdurchschnittliche Inanspruchnahme der medizinischen Angebote. Als Gründe dafür lassen sich die wenig urbanen Beschäftigungsstrukturen und die vergleichsweise geringe Ärztedichte anführen. Die Ausgaben in der <b>obligatorischen Krankenpflegeversicherung</b> (OKP) sind zwar zwischen 1999 und 2003 um jährlich 6,4% gestiegen; die durchschnittlichen Pro-Kopf-Kosten der OKP des Kantons St.Gallen liegen aber mit rund 400 Franken unter dem Schweizer Durchschnitt.<sup>49</sup></p>	<p><b>5.1. Gesundheitsverhalten</b></p> <p>Aufgrund der demographischen Entwicklung verändert sich das Krankheitsspektrum in der Schweiz nachhaltig. Insbesondere nicht übertragbare, chronische Krankheiten und psychische Störungen werden zunehmend wichtiger. Zudem sind immer mehr Menschen von Krankheitsrisiken wie Übergewicht und psychischen Belastungen betroffen. Es ist daher nötig, die Prinzipien von Gesundheitsförderung und Prävention zu stärken sowie die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung zu erhöhen. Unter Gesundheitskompetenz wird die Fähigkeit verstanden, im täglichen Leben Entscheidungen zu treffen, die sich positiv auf die Gesundheit auswirken – zu Hause, am Arbeitsplatz, im Gesundheitssystem. Gesundheitskompetenz stärkt nicht nur die Gestaltungs- und Entscheidungsfreiheit in Gesundheitsfragen, sondern verbessert auch die Fähigkeit, Gesundheitsinformationen zu finden, zu verstehen und in Handeln umzusetzen.<sup>50</sup></p>

## 5.1. Gesundheitsverhalten

Tatsächliche Entwicklung	Trends	Szenarien
<p>Studien zeigen, dass mit einer Erhöhung der Gesundheitskompetenz die Gesundheitskosten um bis zu 3% gesenkt werden könnten.<sup>51</sup></p> <p>Während der Gesundheitszustand noch nie so gut war wie heute, ist im Gegensatz dazu eine Zunahme der Anzahl verhaltens- und verhältnisbedingter chronischer Krankheiten auszumachen (Suchtprobleme, psychische Probleme, ernährungsbedingte Gesundheitsprobleme, Stoffwechselerkrankungen).<sup>52</sup> Eine für die Gesundheit negative Entwicklung stellt der Rückgang des täglichen Gemüse- und Fruchtekonsums bei einem grossen Teil der Bevölkerung dar. Zudem sind 27% körperlich inaktiv, und rund 37% der über 15-Jährigen sind übergewichtig.<sup>53</sup> Grund dafür ist nicht zuletzt das breite Angebot an Fastfood, Convenience/Functional Food und Produkten, die eine noch bessere Gesundheit versprechen. Viele der so angepriesenen Nahrungsmittel haben jedoch einen zu hohen Fett- oder Zuckeranteil.<sup>54</sup></p> <p>40% der Schweizer Bevölkerung weisen dagegen eine für die Gesundheit genügende körperliche Aktivität auf.<sup>55</sup></p>	<p>Fehlernährung und Bewegungsmangel beeinflussen die Energiebilanz ungünstig und tragen massgeblich zu einem überhöhten Körpergewicht bei. Diverse Studien, welche in der Schweiz über die letzten Jahre durchgeführt wurden, zeigen deutlich auf, dass sich eine immer grössere Anzahl Menschen ungesund ernährt, zu wenig Bewegung hat und immer dicker wird.</p> <p>Demgegenüber ist die Gesundheitsversorgung hauptsächlich auf die kurative Medizin ausgerichtet. Im Gegensatz zur kurativen Medizin sind die Mittel, die für Krankheitsprävention und Gesundheitsförderung aufgewendet werden, sehr bescheiden.<sup>56</sup></p> <p>Die Kosten für die Langzeitpflege nehmen stetig zu. Der Anstieg der Langzeitpflegekosten ist in erster Linie darauf zurückzuführen, dass die Babyboomer ins Rentenalter gelangen und ihre Lebenserwartung steigt. Die Kosten der Alters- und Pflegeheime sowie der Spitexdienste könnten von 7,3 Milliarden Franken im Jahr 2005 auf rund 18 Milliarden Franken im Jahr 2030 ansteigen.<sup>57</sup></p>	<p><b>Verstärkter Trend</b> Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung nimmt ab. Dagegen haben die Gesundheitsprobleme infolge Fehlernährung und Bewegungsmangel zugenommen. Die Kosten in der Langzeitpflege haben sich in 25 Jahren mehr als verdoppelt.</p> <p><b>Gebrochener Trend</b> Ein neues Verständnis von Gesundheit als Lebensinn setzt sich durch. Der Paradigmenwechsel von der Reparaturmedizin zur Vorsorge, vom passiven zum aktiven Gesundheitsverständnis ist vollzogen.<sup>58</sup> Die Gesundheitskompetenz der Bevölkerung konnte gesteigert werden – auch in Bezug auf die Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen. Zudem wird bei politischen Entscheidungen in den übrigen Politikbereichen deren Auswirkungen auf die Gesundheit stärker berücksichtigt. Dies gilt u.a. für die Umweltpolitik (Senkung der Umweltbelastungen), Verkehrspolitik (Förderung der Bewegung) und für arbeitsrechtliche Bestimmungen (Verhinderung von gesundheitsbeeinträchtigenden Bedingungen).<sup>59</sup></p> <p>Die Gesundheitspolitik orientiert sich vermehrt an Zielgruppen, d.h., Geschlecht, Sozialstatus und Migrationsbiografie werden in die Untersuchung und die Massnahmen miteinbezogen.<sup>60</sup></p>
Herausforderungen	Chancen	Gefahren
<p>Der Paradigmenwechsel von der kurativen Medizin hin zur präventiven Medizin wird mit wirkungsvollen Instrumenten und vermehrtem Mitteleinsatz für die Prävention herbeigeführt.</p>	<p>Bei steigender Nachfrage nach Gesundheitsleistungen und knapper werdenden öffentlichen Mitteln erhält die präventive Medizin einen neuen Stellenwert.</p>	<p>Politische und strukturelle Vorgaben verhindern einen Paradigmenwechsel.</p>

## 6. Soziale Sicherheit

Ausgangslage	Ausgewählte Themen
<p>Seit der Einführung der eidgenössischen AHV im Jahr 1948 haben die Einnahmen, Leistungen und Ausgaben für die <b>Soziale Sicherheit</b> massiv zugenommen, sowohl in absoluten Zahlen als auch bezüglich der konstanten Preise pro Einwohner. Ursache dafür ist einerseits der schrittweise Ausbau des <b>Sozialstaates</b>, andererseits aber auch die Tatsache, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten mehr Personen auf finanzielle Zuwendungen angewiesen sind. Entsprechend stieg der Anteil der Sozialausgaben am Bruttoinlandprodukt (BIP) in der Schweiz in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts von 7,6% auf 27,3%.<sup>61</sup></p> <p>Im Kanton St.Gallen haben im Jahr 2005 insgesamt 10'800 Personen finanzielle Leistungen der Sozialhilfe bezogen. Dies entspricht einer <b>Sozialhilfequote</b> von 2,4%, womit die gesamtschweizerische Quote von 3,3% deutlich unterschritten wird. Die ländliche Prägung des Kantons und das Fehlen einer Grossstadt sind die Hauptgründe dafür. Überdurchschnittlich häufig sind jedoch Jugendliche im Alter von 18 und 25 Jahren auf Sozialhilfe angewiesen (3,5% bzw. 3'500 Personen). Hauptgründe für die erhöhte <b>Sozialhilfeabhängigkeit</b> junger Erwachsener sind fehlende Berufsabschlüsse und die Schwelle beim Übertritt von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt. Ebenso sind ausländische Staatsangehörige und allein erziehende Personen überdurchschnittlich oft auf finanzielle Hilfe angewiesen – Ursachen sind in beiden Gruppen eine unzureichende Schul- oder Berufsausbildung.<sup>62</sup> Bei den allein erziehenden Frauen kombiniert sich ein erhöhter <b>Existenzbedarf</b> mit eingeschränkten Möglichkeiten der Erwerbstätigkeit, da vor allem Frauen die Verantwortung für die Kinderbetreuung tragen. Mit zunehmendem Alter verschärft sich diese Problematik noch; unter den 31- bis 40-Jährigen ist fast jede zweite Sozialhilfebezügerin allein erziehend (19% aller 18- bis 25-jährigen Frauen).<sup>63</sup> Dagegen sind Rentner/innen aufgrund der Alterssicherung kaum mehr auf Sozialhilfe angewiesen.<sup>64</sup></p> <p>Die zunehmende <b>Individualisierung</b> führt zu neuen Lebensformen; der Trend läuft in Richtung Kleinfamilien, Einelternfamilien und Patchwork-Familien, kinderlose Paare, gleichgeschlechtliche Partnerschaften sowie Einpersonenhaushalte und Wohngemeinschaften. Einige dieser Lebensformen haben tendenziell eine geringere Tragfähigkeit der <b>familiären Netze</b> zur Folge. Die geringere Stabilität von Partnerschaften und Familien kann auch mit einer Zunahme materieller Notlagen einhergehen. Von dieser Entwicklung sind namentlich Alleinerziehende betroffen, welche schwergewichtig Haus- und Erziehungsarbeit leisten. Zudem werden schlecht qualifizierte Arbeitskräfte häufig als Teilzeitangestellte oder in unsicheren Stellen beschäftigt, die nur einen geringen Schutz bieten.<sup>65</sup></p>	<p><b>6.1. Integration und gesellschaftliche Solidarität</b></p> <p>Mit Integration und gesellschaftlicher Solidarität stehen zwei Themen im Vordergrund, die wesentlich zum Gelingen des gesellschaftlichen Zusammenlebens beitragen. Das Einbeziehen und die Einbindung von Personen oder sozialen Gruppen ist eine wichtige Voraussetzung für das Funktionieren des Rechtsstaats und der Wirtschaft. Integration stellt eine gute Basis für das gemeinsame Gestalten von Lebenswelten zwischen älteren Personen und der Jugend, Gesunden und Kranken, Einheimischen und Menschen mit Migrationshintergrund dar. Ein hoher Grad an Integration der Gesellschaft ermöglicht gesellschaftliche Solidarität. Integration und gesellschaftliche Solidarität können daher als Antwort auf die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft, die verstärkte Migration und die demografische Entwicklung verstanden werden.</p>

## 6.1. Integration und gesellschaftliche Solidarität

Tatsächliche Entwicklung	Trends	Szenarien
<p>Unsere Gesellschaft entwickelt sich aufgrund des steigenden Alters immer mehr zur Vier-Generationen-Gesellschaft. Partnerschaftliche Entscheidungsformen in der Ehe haben sich weiter durchgesetzt. Demgegenüber bleibt die faktische Arbeitsteilung vielfach traditionell. Studien weisen auf eine erstaunliche Kontinuität verwandtschaftlicher Netzwerke hin. Verwandtschaftliche Beziehungen haben sich zwar aus demografischen Gründen verändert, aber die intergenerationale familiäre Solidarität zeigt keine Zerfallserscheinung. Auch Befürchtungen, dass sozialstaatliche Angebote familiäre Hilfe und Unterstützung "untergraben", finden keine empirischen Belege. Im Übrigen verlaufen intergenerationale Transfers gleichermassen von Jung zu Alt als auch von Alt zu Jung.<sup>66</sup></p> <p>Die Migration trägt stark zum Bevölkerungswachstum der Schweiz bei.<sup>67</sup> Die Migrationsströme haben sich zudem globalisiert; deren Anteil aus nicht-europäischen Staaten hat sich seit 1970 von 5% auf 13,5% erhöht.<sup>68</sup> Mit dem Inkrafttreten des Freizügigkeitsabkommens hat sich auch die Zuwanderung von Personen aus dem EU/EFTA-Raum in die Schweiz verstärkt, während sich jene aus Drittstaaten abflacht hat.<sup>69</sup></p>	<p>Der Trend zu Kleinsthaushaltungen nimmt zu; der Anteil der Einpersonenhaushalte ist von rund einem Fünftel (1970) auf mehr als ein Drittel gestiegen. Bei den Familienhaushalten erhöhte sich der Anteil der zweiköpfigen Haushalte von 33% auf fast 50%. Haushalte mit mehr als vier Personen sind selten geworden.<sup>70</sup></p> <p>Das Familienleben geniesst auch bei jüngeren Generationen einen hohen Stellenwert; traditionelle Werte erleben unter den Jungen eine Art Renaissance. Damit nimmt auch der Trend zur Kinderlosigkeit ab. Lebensformen werden häufiger nicht auf Dauer, sondern angepasst an die jeweilige Lebenssituation begründet und aufrechterhalten.<sup>71</sup></p> <p>Die ständige Wohnbevölkerung nimmt seit 1981 jährlich zu.<sup>72</sup> Mehr als 80% der Bevölkerungszunahme erfolgt in der Schweiz aufgrund von Migration.<sup>73</sup> Die Geburtenrate von ausländischen Müttern liegt im Jahre 2007 mit 1,86 Kindern pro Frau höher als bei Schweizerinnen (1,33 Kinder). Mittelfristig wird sich die sozioökonomische Situation in den Entwicklungs- und Schwellenländern kaum merklich verbessern. Der Migrationsdruck auf Europa und die Schweiz wird aus diesen Ländern anhalten oder noch ansteigen.<sup>74</sup></p>	<p><b>Verstärkter Trend</b> Die Individualisierung setzt sich fort. Es entstehen neue Lebensformen, die in immer kürzeren Abständen durchlebt werden. Die Bewertung der familialen Solidarität verstärkt sich, drückt sich jedoch nicht im Zusammenleben im gleichen Haushalt aus. Dagegen gewinnen virtuelle Plattformen und Foren, generationenübergreifende Unterstützung und Nachbarschaftshilfe an Bedeutung. Gemäss einem mittleren Szenarium wird die Bevölkerung des Kantons St.Gallen in den nächsten 25 Jahren auf rund 483'000 Personen zunehmen (Zuwanderung &gt; Abwanderung).<sup>75</sup></p> <p><b>Gebrochener Trend</b> Opfer der Entwicklungen ist die Jugend. Sie wird den Anforderungen der Wissens- und Leistungsgesellschaft und den Anreizen einer Erlebnis- und Konsumgesellschaft immer weniger gerecht. Vor besondere Herausforderungen sind hier Jugendliche aus bildungsfernen und sozial schwachen Schichten sowie die immer grösser werdende Zahl Jugendlicher mit Migrationshintergrund gestellt.<sup>76</sup> Als Folge dieser Entwicklung nimmt die Solidarität in der Gesellschaft ab.</p>
Herausforderungen	Chancen	Gefahren
<p>Berücksichtigung des Meinungs- und Wertpluralismus bei gleichzeitiger Schaffung von Rahmenbedingungen, die für die Mehrheit der Bevölkerung Anlass zur Eigeninitiative sind und die Selbstverantwortung fördern.</p>	<p>Bevölkerungswachstum und Individualisierung führen zu einer "neuen" Solidarität. Das Nebeneinander von Bewährtem und Neuem fördert den Kontakt unter der Bevölkerung; Respekt, Toleranz und Hilfsbereitschaft nehmen zu.</p>	<p>Ungeeignete Integrationsmassnahmen werden von der Bevölkerung als Benachteiligung und Schwächung der eigenen Interessen empfunden. Staatliche Eingriffe mit dem Ziel der Angleichung gesellschaftlicher Unterschiede wirken kontraproduktiv.</p>

## 7. Verkehr

Ausgangslage	Ausgewählte Themen
<p><b>Mobilität</b> ist ein Grundbedürfnis des Menschen, und die Schweiz verfügt über eines der dichtesten Verkehrsnetze Europas. Im Durchschnitt legt eine im Kanton St.Gallen lebende Person pro Tag 37,9km zurück und ist dabei 87 Minuten unterwegs. Zugenommen hat insbesondere der Anteil derjenigen Personen, die täglich innerhalb ihrer Region sowie regionenübergreifend pendeln. Während 1970 noch drei Viertel der Erwerbstätigen in ihrer Wohngemeinde arbeiteten, ist es heute weniger als die Hälfte.<sup>77</sup> Mobilität ist aus Sicht des Wirtschaftsstandorts St.Gallen unabdingbar. Verkehrsinfrastruktur und deren Nutzung leisten einen zentralen Beitrag zum Wirtschaftswachstum; auch ist die Bedeutung des Verkehrs im Sinne von Arbeitsplätzen und Einkommen gross. Zusätzlich entstehen auf der Individualebene Nutzungseffekte wie beispielsweise Zeitgewinne; so ermöglicht ein gut ausgebautes Verkehrsnetz die Überwindung von grossen räumlichen Distanzen in angemessener Zeit.<sup>78</sup></p> <p>Seit 1990 steigt der Anteil des <b>öffentlichen Verkehrs</b> (ÖV) am Gesamtverkehr stetig an und beträgt heute 20,3% (vgl. <b>motorisierter Individualverkehr</b> (MIV) 71,6%; <b>Langsamverkehr</b> (LV) 8,1%). Der ÖV ist besonders in den Kernstädten und Agglomerationen gut organisiert. Trotzdem wird das Mobilitätsbedürfnis heute primär mit dem MIV befriedigt, was gewichtige negative Auswirkungen auf Mensch und Umwelt hat. Fast jede zweite im Kanton St.Gallen wohnhafte Person ist im Besitz eines Autos. Insbesondere Gemeinden mit hohem Pendleranteil sowie Gemeinden mit landwirtschaftlich-industrieller Ausprägung haben eine hohe Personenwagendichte. Im Vergleich dazu weist die Stadt St.Gallen eine sehr tiefe Dichte auf, was unter anderem mit der guten ÖV Erschliessung sowie der Nähe von kulturellen Einrichtungen und Freizeitangeboten zusammenhängt.<sup>79</sup></p> <p>Der Verkehr hat grossen Einfluss auf die <b>Zerstörung der Lebensräume</b>, die <b>Luftverschmutzung</b> sowie die <b>Lärmbelastung</b>. Der jährliche Energieverbrauch hat sich in der Schweiz zwischen 1970 und 2000 trotz verbesserter Energieeffizienz verdoppelt. Auf den Verkehrssektor entfällt rund ein Drittel des gesamten <b>Energieverbrauchs</b> und damit ein wesentlicher Teil der <b>CO<sub>2</sub>-Emissionen</b>. Erst seit 2000 ist eine leichte Abnahme zu erkennen. Dies ist insbesondere auf den rückläufigen Luftverkehr sowie die Verbesserung der Fahrzeugtechnik zurückzuführen. Hingegen sind <b>externe Kosten</b> nach wie vor ungenügend gedeckt und werden von der Gesellschaft und den künftigen Generationen getragen.<sup>80</sup> Auch der Transport von Gütern belastet die Umwelt. In der Schweiz haben die Verkehrsleistungen im <b>Güterverkehr</b> in den letzten 15 Jahren stärker zugenommen als die Gesamtwirtschaft. Heutzutage werden immer mehr Güter über längere Strecken transportiert, wobei der Anteil des <b>Schieneverkehrs</b> im Vergleich zu früher gesunken ist.<sup>81</sup></p> <p>Ein positiver Trend zeichnet sich dagegen bei der <b>Verkehrssicherheit</b> ab. Die Zahl der Unfälle konnte seit 1999 um mehr als 30% gesenkt werden. Dies ist auf verschiedene Gründe zurückzuführen wie zum Beispiel gestiegene Sicherheitsstandards bei Fahrzeugen, Geschwindigkeitsbeschränkungen und tiefere Blutalkoholgrenzwerte, verschärfte Polizeikontrollen und konsequente Strafverfolgung, erweitertes Gurtenobligatorium sowie bauliche Sicherheitsmassnahmen.<sup>82</sup></p>	<p><b>7.1. Steigende Mobilität</b></p> <p>Mobilität ist ein wichtiger Faktor in unserem Leben; sie ist Voraussetzung für die wirtschaftliche und soziokulturelle Entwicklung einer modernen Gesellschaft. Dank der weltweit guten Vernetzung ist es heute möglich, grosse räumliche Distanzen in kürzester Zeit zu überwinden. Doch mit Mobilität sind auch negative Begleiterscheinungen verbunden. Dazu zählen insbesondere die Belastung für Mensch und Umwelt. Die steigende Nachfrage nach Mobilität stellt die Entscheidungsträger im Umwelt-, Verkehrs- und Wirtschaftsbereich vor grosse Herausforderungen.</p>



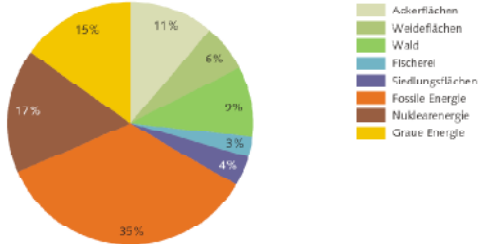
## 7.1. Steigende Mobilität

Tatsächliche Entwicklung	Trends	Szenarien
<p>Die Mobilität hat in den letzten Jahren stetig zugenommen. Die Hauptgründe für die Zunahme liegen im Anstieg der verfügbaren Einkommen, verändertem Freizeitverhalten sowie der Individualmotorisierung. Auch die zunehmende Pendlerverschlingung sowie das Wachstum des Wirtschaftsverkehrs machen sich im Verkehrsgeschehen deutlich bemerkbar.<sup>83</sup> Negative Begleiterscheinungen wie Lärmbelästigung, Luftverschmutzung und Klimaverschlechterung, Ressourcen- und Landverbrauch belasten als Folge Mensch und Umwelt nachhaltig.<sup>84</sup></p> <p>Grossen Einfluss auf die Mobilität haben Alter, Geschlecht, Erwerbstätigkeit und Einkommen. Besonders viel unterwegs sind junge, erwerbstätige Männer mit einem mittleren und höheren Einkommen. Kinder, Jugendliche und Senior/innen sowie Frauen und nicht Erwerbstätige sind vergleichsweise weniger oft und lang unterwegs. Auch im urbanen Raum liegen die Tagesdistanzen deutlich unter jenen des ländlichen Raums.<sup>85</sup></p> <p>Der Freizeitverkehr macht den grössten Teil der Tagesdistanzen aus, nämlich 48%; an zweiter Stelle folgt das Pendeln zwischen Wohn- und Arbeitsort (28%), gefolgt vom Einkaufen (13%).<sup>86</sup></p>	<p>Das Bedürfnis nach Mobilität wird künftig weiter zunehmen; damit steigen auch die Ansprüche der Bevölkerung an die vorhandenen Fortbewegungsmöglichkeiten.</p> <p>Für die Auswirkungen des Verkehrs auf die Umwelt spielt die Wahl des Verkehrsmittels eine entscheidende Rolle. Untersuchungen haben gezeigt, dass die Verfügbarkeit eines Autos die Verkehrsmittelwahl vorwegnimmt. Aufgrund der steigenden Personenwagentichte dürfte das Auto auch zukünftig das meist verwendete Verkehrsmittel bleiben.<sup>87</sup> Um jedoch mehr Personen vom Umsteigen auf den ÖV zu überzeugen, wären insbesondere verbesserte Angebote wie Halbstunden- bis Viertelstunden-Takte sowie direkte Verbindungen zwischen den Zentren anzustreben. Das Konzept Bodan-Rail 2020 soll das internationale Bahnnetz am Bodensee weiter verbessern; Ziel ist es, die Reisezeiten um bis zu 21% zu senken.<sup>88</sup></p> <p>Die technische Entwicklung des Internets wird Fahrzeuge und andere Gebrauchsgegenstände zunehmend miteinander verbinden ("Internet der Dinge"). Damit wird eine optimalere Auslastung des Strassen- und Schienennetzes möglich.</p>	<p><b>Verstärkter Trend</b> Ein unkontrollierter Ausbau der Verkehrsinfrastruktur hat zur Folge, dass die Mobilität weiter ansteigt. Auch ungünstige Rahmenbedingungen zwingen die Bevölkerung zu mobilem Verhalten (bsp. Distanz Wohn-/Arbeitsort). Als Folge verschärft sich das Verkehrsproblem, und das Verkehrsaufkommen steigt; auch der Druck auf die Umwelt nimmt weiter zu.<sup>89</sup></p> <p><b>Gebrochener Trend</b> Durch gezielte Raum- und Verkehrsplanung werden günstige Voraussetzungen für eine umweltschonendere Mobilität geschaffen. Der öffentliche Verkehr wird in dicht überbauten Siedlungen gezielt gefördert und ausgebaut; neue Bauten entstehen vornehmlich in Gebieten, die mit öffentlichen Verkehrsmitteln bereits erschlossen sind; neue Verkehrsbedürfnisse werden vorab mit dem ÖV abgedeckt. Auch die Entwicklung neuer Technologien vermindert den Druck auf die Umwelt.<sup>90</sup></p>
Herausforderungen	Chancen	Gefahren
<p>Schaffen von Infrastrukturen, die den modernen Mobilitätsanforderungen, den Kosten- und Effizienzkriterien sowie den Anforderungen an den Service public gerecht werden, ohne jedoch die Umwelt nachhaltig zu belasten.</p>	<p>Die gestiegene Mobilität führt zu einer besseren wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Vernetzung. Dank gezieltem Ausbau des ÖV und der Nutzung technischer Innovationen wird die Mobilität längerfristig auch umweltschonender.</p>	<p>Die Befriedigung der steigenden Nachfrage nach Mobilität ist mit hohen Kosten verbunden. Auch stösst die Verkehrsinfrastruktur an ihre Grenzen. Durch Schaffen falscher Anreize werden technische Innovationen gebremst.</p>

## 8. Umwelt und Raumordnung

Ausgangslage	Ausgewählte Themen
<p>Mit einer Fläche von 2'026km<sup>2</sup> ist St.Gallen der sechs grösste Kanton der Schweiz. Von der <b>Gesamtfläche</b> entfallen 47% auf landwirtschaftliche Nutzfläche, 31% auf Wald und Gehölze und 9% auf Siedlungsfläche; nur rund 13% der Gesamtfläche ist unproduktiv. Grosse Unterschiede in der <b>Bodennutzung</b> bestehen zwischen den Regionen, dies vor dem Hintergrund der unterschiedlichen Topographien und Siedlungsstrukturen. Während in den dichtest bevölkerten Wirtschaftsregionen bis zu einem Drittel der Gesamtfläche überbaut ist, sind es im Sarganserland und Toggenburg lediglich 4 bis 5%.<sup>91</sup></p> <p>Die gestiegenen Ansprüche an Wohnraum und Mobilität sowie eine Zunahme der Wohnbevölkerung führen zu einem erhöhten <b>Siedlungsdruck</b>. Im Kanton St.Gallen hat die Siedlungsfläche insbesondere auf Kosten der landwirtschaftlich genutzten Fläche zugenommen. Auch Frei- und Grünflächen werden grosszügig in Flächen für Siedlungen und Verkehrswege umgewandelt, Agglomerationen dehnen sich in Folge weiter aus. Die grössten prozentualen Zuwächse des Wohnungsbestandes finden zwar ausserhalb der grossen Ortschaften statt, meist aber in ihrer räumlichen Nähe.<sup>92</sup></p> <p>Die <b>Biodiversität</b> ist eine wichtige Lebensgrundlage für das menschliche Wohlergehen, nicht nur als Grundlage für Nahrungsmittel und Arzneiwirkstoffe, sondern auch im Hinblick auf den Erhalt von Ökosystemen. Die Schweiz weist aufgrund ihrer geographischen und geomorphologischen Vielfalt eine breite Palette an Lebensräumen auf. Diese Vielfalt wird jedoch durch fortschreitende Urbanisierung, intensive Landwirtschaft, Verkehr und Tourismus stark bedroht.<sup>93</sup> Auch der <b>Klimawandel</b> als Folge des Treibhauseffekts bedroht die Umwelt nachhaltig. Gestiegene Durchschnittstemperaturen, Wetterextreme sowie Veränderungen der Vegetation zeugen davon. Besonders problematisch ist der hohe Verbrauch fossiler Energieträger, bei deren Verbrennung nicht nur die Luft mit Schadstoffen belastet wird, sondern auch klimaschädliche Treibhausgase freigesetzt werden. Zusätzlich führt der steigende <b>Energie- und Rohstoffverbrauch</b> zu einer Verknappung natürlicher Ressourcen. Die Klimaänderung wirkt sich jedoch nicht nur negativ auf die Umwelt aus, sondern tangiert auch zahlreiche wirtschaftliche und gesellschaftliche Bereiche. Als besonders empfindlich gelten die Bereiche Wasserressourcen, Landwirtschaft, Tourismus, Energie, menschliche Gesundheit, Infrastruktur und Versicherungen.<sup>94</sup></p> <p>Die Lebens- und Konsumgewohnheiten der Bevölkerung stehen in enger Verbindung mit der wachsenden <b>Abfallmenge</b>. Die Pro-Kopf-Abfallmenge betrug im Jahre 2000 410kg, dies sind 8,5% mehr als im Vorjahr. Die ökologisch motivierten Anstrengungen zur Abfalltrennung und -reduktion haben insbesondere bei der Trennung Erfolge gezeitigt. So hat die Benutzung von <b>Separatsammlungen</b> für Papier, Karton, Glas, Metall, organische Abfälle und PET in den letzten Jahren deutlich zugenommen.<sup>95</sup></p>	<p><b>8.1. Ökologischer Fussabdruck</b></p> <p>Der ökologische Fussabdruck ist ein Bild für den menschlichen Ressourcenverbrauch. Er misst in Hektaren, wie viel Biokapazität benötigt wird, um die beanspruchten Ressourcen bereitzustellen und die entstandenen Abfälle aufzunehmen. Übermässiger Konsum sowie Bevölkerungswachstum überfordern die ökologische Tragfähigkeit der Erde und führen zu einem ökologischen Defizit. Der ökologische Fussabdruck in der Schweiz misst derzeit 5,2 globale Hektaren (gha) pro Person. Die Biokapazität beträgt indes bloss 1,5 gha pro Kopf. Somit ist der der Fussabdruck der Schweiz mehr als dreimal so gross wie ihre Biokapazität.<sup>96</sup></p> <p><b>8.2. Siedlungsdruck</b></p> <p>Der Siedlungsraum St.Gallen wächst aufgrund der zunehmenden Wohnbevölkerung sowie gestiegenen Ansprüchen an Wohnraum und Freizeitmöglichkeiten. In vielen Gemeinden finden klein- und grossräumige Urbanisierungs- und Suburbanisierungsprozesse statt. Diese sind oft mit negativen Begleiterscheinungen verbunden. So nimmt der Druck auf die Umwelt zu. Um St.Gallen eine hohe Lebensqualität zu sichern und den Anforderungen eines wachsenden Kantons gerecht zu werden, ist ein zukunftsorientiertes Siedlungskonzept notwendig.</p>

### 8.1. Ökologischer Fussabdruck

Tatsächliche Entwicklung	Trends	Szenarien
<p>Der ökologische Fussabdruck hat sich in der Schweiz seit den 1960er Jahren mehr als verdoppelt. Hauptverantwortlich ist der Energieverbrauch; er trägt zu zwei Dritteln des Fussabdrucks bei und ist damit weit bedeutender als die Bereiche Acker-, Wald- und Grünflächen. Zudem ist er in den letzten Jahrzehnten am stärksten gewachsen.<sup>97</sup></p>  <p>Zusammensetzung des ökologischen Fussabdrucks in der Schweiz im Jahr 2002.</p> <p>Mit einem Anteil von 35% ist der Verbrauch von fossilen Energieträgern die wichtigste Einzelkomponente; der Konsum fossiler Brennstoffe hat sich seit 1961 versechsfacht.<sup>98</sup> Die fossilen Energieträger sind zudem für 76% der Treibhausgasemissionen verantwortlich,<sup>99</sup> welche zu einer Erwärmung der Atmosphäre führen. Der Hauptverursacher für die Treibhausgasemissionen ist der Verkehr (29%), gefolgt von den Haushalten (22%), der Industrie (21%) und der Landwirtschaft (11%).<sup>100</sup></p>	<p>Die Schweiz konsumiert mehr, als ihr eigenes Naturkapital bereitstellt. Das zeigt sich in ihrem ökologischen Fussabdruck, der seit Jahren grösser ist als die tatsächlich verfügbare Biokapazität. Dieses Missverhältnis bedeutet, dass die Schweiz auch zukünftig auf Importe von natürlichen Ressourcen aus dem Ausland sowie auf Exporte von Abfallstoffen angewiesen ist.<sup>101</sup></p> <p>Seit 1990 sind die gesamten Treibhausgasemissionen in etwa konstant geblieben, die CO<sub>2</sub>-Emissionen haben jedoch leicht zugenommen. Bis 2010 soll mit dem im Jahre 2000 in Kraft gesetzten CO<sub>2</sub>-Gesetz sowie dem Kyoto-Protokoll gegenüber 1990 eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 10% bzw. 8% realisiert werden. Der Erfolg hängt stark von den freiwilligen Massnahmen der Wirtschaft, den Anstrengungen der Kantone sowie dem Konsumverhalten der Bevölkerung ab. Ohne weitere Massnahmen dürften die Emissionen bis 2010 nur sehr leicht sinken.<sup>102</sup> Auch die Preissteigerungen auf den Rohölmärkten zeigen nur kurzfristige Wirkungen auf das Konsumverhalten der Wirtschaft und Bevölkerung; sie reichen jedoch nicht aus, um die langfristigen Klimaziele zu erreichen.<sup>103</sup></p> <p>Allerdings schüren Verzichtsszenarien falsche Ängste. Grundsätzlich gäbe es auf der Erde genügend (erneuerbare) Energie; unser Energieverbrauch entspricht nur einem Zehntausendstel der Sonneneinstrahlung.</p>	<p><b>Verstärkter Trend</b> Die Industrieländer belasten die Natur pro Kopf mehr als ihnen im weltweiten Durchschnitt zusteht. Als Folge verschärfen sich Anspruchskonflikte um Umweltgüter und Ressourcen.</p> <p><b>Gebrochener Trend</b> Produktion und Konsum werden vermehrt auf eine ressourcenschonendere Basis gestellt. Investitionen in erneuerbare Energien und eine sparsame und verantwortungsvolle Nutzung von begrenzt verfügbaren Ressourcen verkleinern den Fussabdruck nachhaltig und schonen das eigene Naturkapital. Über Abgaben und Zertifikatssysteme werden dem Markt zudem die richtigen preislichen Impulse für einen Strukturwandel gegeben. Es werden Anreize geschaffen, Ressourcen effizienter zu nutzen und nicht erneuerbare Rohstoffe durch erneuerbare zu ersetzen.</p> <p>Der Kanton unterstützt mit gezielter Information, Beratung und finanzieller Förderung Klimaschutzprojekte, setzt geeignete Rahmenbedingungen und leistet damit einen wesentlichen Beitrag zur CO<sub>2</sub>-Reduktion.</p>
<p><b>Herausforderungen</b></p>	<p><b>Chancen</b></p>	<p><b>Gefahren</b></p>
<p>Schützen der ökologischen Lebensgrundlagen bei gleichzeitiger Schaffung gerechter Entwicklungsperspektiven für alle. Steigerung der Energieeffizienz, ohne die wirtschaftliche Prosperität zu gefährden.</p>	<p>Eine ressourcenschonende und effiziente Energiepolitik schützt nicht nur die ökologische Lebensgrundlage, sondern bietet der Wirtschaft auch Möglichkeiten, neue innovative Produkte zu entwickeln und diese zu vermarkten.<sup>104</sup></p>	<p>Eine einseitig ausgerichtete Energiepolitik führt zu Zielkonflikten zwischen Wirtschaft, Gesellschaft und Umwelt. Negative Folgen sind Versorgungslücken, eingeschränktes Entwicklungspotential und Zusatzkosten.<sup>105</sup></p>

## 8.2. Siedlungsdruck

Tatsächliche Entwicklung	Trends	Szenarien
<p>Die besiedelte Fläche nimmt im Kanton St.Gallen überproportional zur Bevölkerung zu. Das anhaltende Wachstum der Siedlungsfläche pro Kopf der Wohnbevölkerung äussert sich in einem Wachstum der Siedlungsgebiete und einer fortschreitenden Zersiedelung der Landschaft.<sup>106</sup> Auch die Auswirkungen der Bevölkerungszunahme in Form von einem gesteigerten Freizeit- und Erholungsbedürfnisses erhöhen den Druck auf die Lebensräume.<sup>107</sup></p> <p>Rund 9% der kantonalen Fläche ist Siedlungsgebiet (vgl. Schweiz 6,8%)<sup>108</sup>; der Hauptteil entfällt auf Gebäudeareale (50%) und Verkehrsflächen (31%). In den letzten zwei Jahrzehnten hat die Siedlungsfläche in St.Gallen um etwa 20km<sup>2</sup> zugenommen.<sup>109</sup></p> <p>Auch die Wohnbevölkerung ist gestiegen, und zwar zwischen 1990 und 2000 um 6%. Im gleichen Zeitraum hat die Beanspruchung von Wohnraum in Privatwohnungen um 16% zugenommen. Dieser Mehrverbrauch an Wohnfläche hängt mit der Veränderung der Haushaltsstrukturen zusammen. Während die durchschnittliche Haushaltgrösse laufend abnimmt, steigt der Anteil der Einzelpersonenhaushalte. So waren im Jahre 2000 60% der 4-Zimmer-Wohnungen und 50% der 5-Zimmer-Wohnungen von Ein- oder Zweipersonenhaushalten belegt.<sup>110</sup></p>	<p>Aufgrund der zunehmenden Beanspruchung von Siedlungsfläche pro Kopf wird der Siedlungsdruck auch in Zukunft weiter ansteigen. Der Bundesrat hat die Fläche von 400m<sup>2</sup>/Kopf als angestrebten Zielwert vorgeschlagen; dies käme einem Einfrieren des heutigen Standes gleich.<sup>111</sup> Auch die Beanspruchung von Freiflächen für Veranstaltungen und Freizeitnutzung stellt eine zunehmende Gefahr für die Lebensraumerhaltung und Biodiversität dar.<sup>112</sup></p> <p>Das Siedlungsgebiet im Kanton St.Gallen wächst im Wesentlichen auf Kosten der landwirtschaftlichen Nutzfläche. Vor allem in Tallagen dringt das Siedlungsgebiet stetig in die landwirtschaftlich genutzten Flächen hinein. Jedoch bestehen starke regionale Unterschiede im Anteil der Siedlungsfläche. Während in der Region Rorschach bereits ein Drittel der Gesamtfläche überbaut ist, ist es im Sarganserland lediglich ein Dreissigstel.<sup>113</sup></p> <p>Die räumliche Entwicklung ist auch künftig durch klein- und grossräumige Urbanisierungs- und Suburbanisierungsprozesse charakterisiert. Besonders in Gemeinden rund um die Städte St.Gallen und Wil sowie im erweiterten Einzugsgebiet des Wirtschaftsraums Zürich setzt sich die äusserst dynamische Entwicklung im Wohnungsneubau fort.<sup>114</sup></p>	<p><b>Verstärkter Trend</b> Die Zunahme der Siedlungsfläche pro Kopf hat zur Folge, dass die Besiedlung und Umnutzung von unbebauten, unversiegelten Flächen weiter zunimmt. Nutzungsreserven in bereits überbauten Gebieten werden nur schlecht ausgeschöpft. Auch steigende Mieten und Immobilienpreisen führen zu einer Besiedelung von freien Flächen ausserhalb der Besiedlungszentren. Zudem steigen die Kosten für die Infrastruktur (Strassen, ÖV, Versorgung, Entsorgung), was Private wie auch die öffentliche Hand belastet.<sup>115</sup></p> <p><b>Gebrochener Trend</b> Die Siedlungsentwicklung konzentriert sich auf Areale innerhalb der bebauten Zone, wo dichter und attraktiver gebaut wird. Wohnräume entstehen in bereits gut erschlossenen Lagen, d.h. im engeren Einzugsbereich des öffentlichen Nahverkehrs. Auch Shopping-Zentren, Multiplex-Kinos und Vergnügungspärke entstehen an gut erschlossenen Standorten in Zentrumsnähe.<sup>116</sup> Alte Industriequartiere, brachliegende Liegenschaften und bahnahe Areale werden aufgewertet und in moderne Siedlungsgebiete umgewandelt.<sup>117</sup> Die Gebiets- und Raumverantwortung werden in Übereinstimmung gebracht und die teilweise problematischen Auswirkungen der Freizeitgestaltung auf Lebensräume in der Raumplanung berücksichtigt.<sup>118</sup></p>
<b>Herausforderungen</b>	<b>Chancen</b>	<b>Gefahren</b>
<p>Die Ziele der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung decken sich mit einer nachhaltigen Raumentwicklung. Diese erfolgt in enger Abstimmung mit der Verkehrsplanung sowie dem strategischen Flächenmanagement.</p>	<p>Durch Umnutzung, Umstrukturierung und Ausnützung bestehender Baugebiete kann die besiedelte Fläche optimaler genutzt werden. Die Abstimmung von Siedlungsentwicklung und Verkehr senkt ausserdem die Infrastrukturkosten.</p>	<p>Die Konzentration auf besiedelte Flächen führt zu Zielkonflikten zwischen dem Erhalt bestehender Bauten (Heimatschutz), dem Wunsch nach Grünflächen (Naturschutz) sowie der Verdichtung.</p>

## 9. Volkswirtschaft

Ausgangslage	Ausgewählte Themen
<p>Dank dem Wiedererstarben der Industrie in den letzten Jahren präsentierte sich die <b>konjunkturelle Lage</b> im letzten Jahr noch in sehr guter Verfassung. Nach dieser einzigartigen Hochkonjunkturphase deuten die wirtschaftlichen Indikatoren auf eine Abschwächung der <b>wirtschaftlichen Dynamik</b> hin. So sind die Exporte von Ostschweizer Unternehmen im ersten Halbjahr 2008 gegenüber der Vorjahresperiode gesunken. In der Maschinen-, Elektro-/Elektronik-, Chemie/Kunststoff- und Textilindustrie ist sowohl beim Geschäftsgang als auch beim Auftragsbestand eine Stagnation eingetreten. Die Ostschweizer Firmen in der Baubranche rechnen ebenfalls mit einer Abkühlung.<sup>119</sup> Der Arbeitsmarkt ist von der Abflachung der Konjunktur jedoch noch nicht betroffen. So weisen die Indikatoren ganz im Gegenteil auf eine Erhöhung des <b>Beschäftigungsvolumens</b> hin. Dasselbe trifft auf den Index der offenen Stellen zu, der für das zweite Quartal im Vergleich zum Vorjahr um 39% höher liegt. Dies erhöht den seit längerer Zeit feststellbaren <b>Arbeitskräftemangel</b>.<sup>120</sup></p> <p>Der Kanton St.Gallen weist im Vergleich zur übrigen Schweiz ein unterdurchschnittliches Bevölkerungswachstum auf. Aufgrund stagnierender Geburtenraten und eines entsprechend verringerten natürlichen Bevölkerungswachstums hat in den letzten Jahren die Bedeutung der Migration für die Bevölkerungsentwicklung im Kanton St.Gallen zugenommen. Auch die Abwanderung von Personen im Bildungs- und ersten Berufsalter, die aufgrund des höheren Angebots an Ausbildungs-, Erwerbs- und Unterhaltungsmöglichkeiten vorzugsweise in den Grossraum Zürich abwandern, ist für die schleppende Bevölkerungsdynamik von Relevanz.<sup>121</sup> Als Folge des demografischen Wandels und neuer Lebensformen und bedingt durch einen breiten Mangel an Fachkräften muss die Standortattraktivität auf verschiedene Faktoren überprüft werden. Grundsätzlich besteht Standortattraktivität dort, wo Menschen durch gute Rahmenbedingungen angezogen werden.<sup>122</sup></p> <p>In der Region St.Gallen/Rorschach entstehen rund 67% der <b>Wertschöpfung</b> im Tertiärsektor. Im Gegensatz dazu stehen das St.Galler Rheintal, Werdenberg und Wil, deren Wertschöpfung zu rund 50% aus dem Industriesektor stammt. Die Region Toggenburg erwirtschaftet einen überdurchschnittlichen Anteil ihrer Produktion im primären Sektor (15%). Die tiefe Produktivität dieser Regionen ist nicht zuletzt Resultat der Branchenstruktur (vgl. 9.1. Regionale Entwicklung und Standortattraktivität).<sup>123</sup></p> <p>Die Betrachtung von Niveau und Entwicklung des <b>Haushaltseinkommens</b> auf regionaler Ebene offenbart die namhaften Unterschiede innerhalb des Kantons St.Gallen. Einen hohen Wohlstand weisen die auf den Grossraum Zürich ausgerichteten Regionen Linthgebiet und Wil sowie die Region Werdenberg auf. Die Bewohner/innen der Zentrumsregion St.Gallen/Rorschach sowie deren Agglomerationen profitieren von den zahlreichen Erwerbsmöglichkeiten in der Hauptstadt und erreichen ein Haushaltseinkommen nahe am Schweizer Mittel von 45'000 Franken. Tiefere Werte kennzeichnen die Regionen Toggenburg und Sarganserland.</p>	<p><b>9.1. Regionale Entwicklung und Standortattraktivität</b></p> <p>Die Regionen des Kantons St.Gallen haben sich in den letzten Jahrzehnten sehr unterschiedlich entwickelt. Jede Region weist ihre spezifischen Stärken und Schwächen auf und sieht sich mit unterschiedlichen Herausforderungen konfrontiert. Zudem gewinnt die Standortattraktivität unter dem Vorzeichen des demografischen Wandels, des Mangels an Fachkräften und der negativen Binnenwanderung im Kanton St.Gallen an Bedeutung.</p>

## 9.1. Regionale Entwicklung und Standortattraktivität

Tatsächliche Entwicklung	Trends	Szenarien
<p>So heterogen der Kanton St.Gallen zusammengesetzt ist, so unterschiedlich entwickeln sich auch die Regionen im Kanton:</p> <p><b>Bevölkerungswachstum:</b> Das Linthgebiet verbucht einen Bevölkerungszuwachs und liegt damit über dem Schweizer Durchschnitt (0,8% pro Jahr); Werdenberg und das St.Galler Rheintal sind im Schweizer Mittel, das Sarganserland und St.Gallen/Rorschach leicht positiv; im Toggenburg kommt es hingegen zu einem Bevölkerungsrückgang.<sup>124</sup></p> <p><b>Einkommen:</b> das Linthgebiet, die Region St.Gallen/Rorschach und Wil besitzen eine dynamische Einkommensentwicklung, während sich die ländlichen Gebiete unterdurchschnittlich entwickeln.<sup>125</sup></p> <p><b>Beschäftigung:</b> Der strukturelle Wandel (Abbau von Arbeitsplätzen im ersten und zweiten Sektor) konnte in den letzten Jahren in allen Regionen beobachtet werden. Die Einbussen im Primärsektor, im Bau und in der Industrie konnten zum Teil kompensiert werden. Ausgenommen davon sind die ländlichen Regionen Toggenburg und Sarganserland.<sup>126</sup></p>	<p>Unter dem Vorzeichen des demografischen Wandels, dem Mangel an Fachkräften und der negativen Binnenwanderung im Kanton St.Gallen gewinnt die Standortattraktivität an Bedeutung (Arbeitsangebot, Steuerniveau, Infrastruktur, Unterhaltung, Bildung, etc.).<sup>127</sup></p> <p>Die Regionen Werdenberg und St.Galler Rheintal positionieren sich in der Spitzenindustrie.<sup>128</sup> Vermehrt ist ein Fachkräftemangel festzustellen. Für diese mobilen, international ausgerichteten Personen spielen Karrierechancen, Ausbildungs- und Verdienstmöglichkeiten, Steuerbelastung sowie die allgemeine Lebensqualität eine wichtige Rolle.<sup>129</sup></p> <p>Sinkende Nachfrage nach Wohnraum und fortschreitende Zersiedelung erhöhen in der Region Toggenburg die Infrastruktur- und Versorgungskosten.<sup>130</sup></p> <p>Der Tourismus ist vermehrt international ausgerichtet. Von Jahr zu Jahr lockt die Schweiz mehr ausländische Besucher an (beispielsweise aus Russland, China, Indien, Brasilien und den Golfstaaten). Im Kanton St.Gallen zeigt sich eine geringe Diversifizierung; 80% der Hotelübernachtungen werden von Schweizer/innen sowie deutschen Gästen gebucht.<sup>131</sup></p>	<p><b>Verstärkter Trend</b> Im Sog des Grossraums Zürichs entwickeln sich die Regionen Wil, Linthgebiet und St.Gallen/Rorschach zu Wohnregionen. Die Region Toggenburg ist von einer weiteren Abwanderung betroffen, die Zersiedlung freier Flächen nimmt zu. Die Verknappung der öffentlichen Mittel führt zu einem Abbau der Versorgungsleistungen.</p> <p><b>Gebrochener Trend</b> Die Regionen Werdenberg und Rheintal steigern ihre Wohnortattraktivität mit verbesserter Infrastruktur; zudem werden am Rhein Erholungsräumen geschaffen und die Siedlungsentwicklung optimiert. Dadurch kann der Anteil an qualifizierten Arbeitskräften zur Gesamtbevölkerung gesteigert werden. Die Region Toggenburg betreibt einen sanften Tourismus und steigert die Wertschöpfung in der Gastronomie und der Hotelbranche aufgrund des intensiveren Freizeitverhaltens.</p>
Herausforderungen	Chancen	Gefahren
<p>Die zukünftigen Herausforderungen können weder auf kantonaler Ebene noch auf Gemeindeebene gelöst werden. Die Politik ist gefordert, regionale Besonderheiten zu berücksichtigen und auf die Region zugeschnittene Lösungen zu erarbeiten.</p>	<p>Indem ein regionaler Ansatz verfolgt wird, können die Entwicklungspotenziale der Regionen besser ausgeschöpft werden.</p>	<p>Die involvierten Akteure (Kanton St.Gallen, Gemeinden, Regionalplanungsgruppen) können sich nicht darauf einigen, über welche Potentiale die Regionen tatsächlich verfügen, die mit Aussicht auf Erfolg gestärkt werden können.<sup>132</sup></p>

## 10. Finanzen und Steuern

Ausgangslage	Ausgewählte Themen
<p>Der Kanton St.Gallen hat im Vergleich zu anderen Kantonen der Ostschweiz eine <b>relativ hohe Steuerbelastung</b>, eine <b>tiefe Staatsverschuldung</b> bzw. <b>gesunde Staatsfinanzen</b>.</p> <p>Im Jahr 2007 belief sich der Aufwand des <b>Staatshaushaltes</b> auf 3,76 Milliarden Franken. Die Einnahmen wurden u.a. wie folgt verwendet: 22% Bildung, 17% soziale Wohlfahrt, 13% Gesundheit, 10% Finanzen und Steuern, 9% Verkehr. Die Ausgaben wurden über rund 50% mittels Steuern finanziert. Weitere wichtige Einnahmequellen bilden die Beiträge von Bund und Gemeinden (11%), Entgelte (u.a. Gebühren) und Rückerstattungen von Gemeinwesen (10%) sowie Vermögenserträge (5%).<sup>133</sup> Bei den Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung liegt der Kanton St.Gallen knapp unter dem schweizerischen Durchschnitt. Seit 1990 ist eine Annäherung an die durchschnittliche Ausgabenhöhe der schweizerischen Kantone festzustellen.<sup>134</sup></p> <p>In den letzten Jahren verzeichnete der Kanton St.Gallen Ertragsüberschüsse in der Höhe von 100 bis 132 Millionen Franken. Die <b>Verschuldung</b> ist im interkantonalen Vergleich sehr niedrig. Ende 2007 beliefen sich die Schulden auf 84,4 Millionen Franken. Der Kanton verfügt zudem über hohe Eigenkapitalreserven in der Höhe von rund einer Milliarde Franken.<sup>135</sup></p> <p>Die <b>Steuerbelastung</b> von natürlichen Personen liegt im Kanton St.Gallen über dem schweizerischen Durchschnitt.<sup>136</sup> Während sich der Kanton St.Gallen für Einkommen bis 100'000 Franken bei Verheirateten im Mittelfeld positioniert, liegt er für höhere Einkommen auf dem 22. Rang (bis 200'000 Franken) bzw. 19. Rang (bis 500'000 Franken). Eine systematische Akquisition von sogenannten Schlüsselpersonen ist mit dieser Rangierung nur schwer möglich und erfolgt im Kanton St.Gallen bislang nicht, obwohl es dafür einen Markt gibt.<sup>137</sup> Juristische Personen werden demgegenüber tiefer besteuert als der schweizerische Durchschnitt. Hier liegt St.Gallen zwar hinter den Nachbarkantonen – trotzdem positioniert er sich in der vorderen Hälfte.<sup>138</sup> Sowohl der interkantonale Steuerwettbewerb als auch der politische Druck zur Senkung der Steuerbelastung hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Als Reaktion darauf wurden mit einer <b>Steuergesetzrevision</b> auf die Steuerperiode 2007 die Steuerbelastung namentlich für juristische Personen gesenkt. Für 2008 wurden Steuerfussenkungen beschlossen und solche sind auch für das Jahr 2009 geplant. Für 2009 bis 2011 sind über eine weitere Gesetzesänderung zusätzliche weitere Steuersenkungen geplant.<sup>139</sup> Der sich intensivierende Steuerwettbewerb zeigt sich an den sinkenden Steuersätzen. Seit 2000 kam es zu einer Reduktion der durchschnittlichen Belastung von 1,5% auf Einkommen über 100'000 Franken. Von den Ostschweizer Kantonen gehört der Thurgau zu denjenigen, welcher die Einkommenssteuern in diesem Zeitraum am meisten reduziert hat; Appenzell Innerrhoden liegt beim schweizerischen Mittel; St.Gallen und Appenzell Ausserrhoden finden sich in der Schlussgruppe.<sup>140</sup></p>	

## Anhang: Quellen

- <sup>1</sup> Gemäss Art. 16b des Staatsverwaltungsgesetzes (sGS 140.1) beschliesst die Regierung bis Ende des ersten Jahres der Amtsdauer das Regierungsprogramm, das während vier Jahren gilt. Das Regierungsprogramm enthält Schwerpunkte staatlichen Handelns sowie geplante Massnahmen zur Erreichung der Ziele.
- <sup>2</sup> vgl. RRB 2006/98.1 (Modellbericht Umfeldmonitoring)
- <sup>3</sup> dt.: Stärken, Schwächen, Chancen, Gefahren
- <sup>4</sup> Issue Management bezeichnet die systematische Auseinandersetzung einer Organisation mit Anliegen ihres Umfeldes. Dabei geht es darum, in der Öffentlichkeit aufkommende, politikrelevante Themen frühzeitig zu erkennen, zu priorisieren und entsprechend zu reagieren.
- <sup>5</sup> Die Quellen werden anhand folgender Kriterien ausgewählt bzw. beurteilt:
- Verlässlichkeit*  
Für die Erarbeitung des Umfeldmonitorings werden Quellen verwendet, denen ein hoher Grad an Objektivität zugeschrieben wird. Diese Quellen werden anhand des Institutionalierungsgrades des Absenders klassifiziert.
- Verfügbarkeit*  
Die tatsächliche Entwicklung in ausgewählten Politikbereichen lässt sich am Besten mittels Zeitreihen darstellen. Dies setzt den Rückgriff auf regelmässig erscheinende Publikationen voraus.
- Aktualität*  
Die Informationen müssen von hoher Aktualität sein. Dies gilt ebenfalls für die in den einschlägigen Publikationen verwendeten Daten.
- <sup>6</sup> Lendi, Martin (2005): Politikberatung. Nachfrage, Resonanz, Alibi. vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich. S. 65.
- <sup>7</sup> BK (2007): Herausforderungen 2007-2011. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. S. 103-105.
- <sup>8</sup> Gemäss Stellungnahme des Baudepartements (30.09.2008)
- <sup>9</sup> BK (2007): Herausforderungen 2007-2011. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. S. 106.
- <sup>10</sup> Schedler, Kuno (2008): Der Staat braucht Corporate Governance. S.14. Im Internet unter: <http://www.alexandria.unisg.ch/EXPORT/DL/45192.pdf> (04.09.2008)
- <sup>11</sup> Gemäss Stellungnahme des Departements des Innern (30.09.2008)
- <sup>12</sup> GFS Bern (2006): Sind die Kantone fit für den Wandel? Politologische Perspektive. Im Internet unter: [http://www.polittrends.ch/pub/herausgeforderte\\_kantone.pdf](http://www.polittrends.ch/pub/herausgeforderte_kantone.pdf) (04.09.2008)
- <sup>13</sup> BK (2007): Herausforderungen 2007-2011. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. S. 106-108.
- <sup>14</sup> Lendi, Martin (2005): Politikberatung. Nachfrage, Resonanz, Alibi. vdf Hochschulverlag AG an der ETH Zürich. S. 65.
- <sup>15</sup> GFS Bern (2008): Imageforschung. Im Internet unter: <http://www.k-trends.ch/image/index.php> (04.09.2008)
- <sup>16</sup> BK (2006): Kommunikation zwischen dem Staat und den Bürgerinnen und Bürgern – linguistische Beiträge zu ihrer Optimierung. Kapitel 1. Im Internet unter: [http://www.bk.admin.ch/themen/lang/00935/03948/03950/index.html?lang=de&download=M3wBPgDB\\_8ull6Du36WenojQ1NTTjaXZnqWfVpzLhmfhnappmc7Zi6rZnqCkklR5fHx9bKbXrZ6lhuDZz8mMps2gpKfo](http://www.bk.admin.ch/themen/lang/00935/03948/03950/index.html?lang=de&download=M3wBPgDB_8ull6Du36WenojQ1NTTjaXZnqWfVpzLhmfhnappmc7Zi6rZnqCkklR5fHx9bKbXrZ6lhuDZz8mMps2gpKfo) (04.09.2008)
- <sup>17</sup> Jenny, Walter (2008): Marketing für öffentliche Verwaltungen. S. 2ff. Im Internet unter: <http://www.per-market.ch/pdf/marketingverwaltungen.pdf> (04.09.2008)
- <sup>18</sup> Gemäss Stellungnahme des Departements des Innern (30.09.2008)
- <sup>19</sup> Kantonspolizei St.Gallen (2008): Presstext Kriminalstatistik 2007. S. 1-3; S. 10. Im Internet unter: <http://www.kapo.sg.ch/gn/services.Par.0034.DownloadListPar.0019.File.tmp/Krista%202007%20Presstext.pdf> (15.08.2008)
- <sup>20</sup> Kantonspolizei St.Gallen (2008): Presstext Kriminalstatistik 2007. S. 4. Im Internet unter: <http://www.kapo.sg.ch/gn/services.Par.0034.DownloadListPar.0019.File.tmp/Krista%202007%20Presstext.pdf> (15.08.2008)



- Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2001): Der Kanton St.Gallen und seine Menschen in Zahlen 2001. S. 14-15. Im Internet unter: <http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2001.Par.0009.DownloadListPar.0009.File.tmp/Kt-SG-in-Zahlen-2001-08-Rechtspflege.pdf> (18.08.2008)
- 21 Kantonspolizei St.Gallen (2008): Presstext Kriminalstatistik 2007. S. 5. Im Internet unter: <http://www.kapo.sg.ch/gn/services.Par.0034.DownloadListPar.0019.File.tmp/Krista%202007%20Presstext.pdf> (15.08.2008)
- 22 Kantonspolizei St.Gallen (2008): Presstext Kriminalstatistik 2007. S. 10-12. Im Internet unter: <http://www.kapo.sg.ch/gn/services.Par.0034.DownloadListPar.0019.File.tmp/Krista%202007%20Presstext.pdf> (15.08.2008)
- Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2001): Der Kanton St.Gallen und seine Menschen in Zahlen 2001. S. 14-15. Im Internet unter: <http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2001.Par.0009.DownloadListPar.0009.File.tmp/Kt-SG-in-Zahlen-2001-08-Rechtspflege.pdf> (18.08.2008)
- 23 BFS / BUWAL / ARE (2003): Nachhaltige Entwicklung in der Schweiz. Indikatoren und Kommentare. Neuchâtel. S. 34-35.
- Kantonspolizei St.Gallen (2008): Vorwort Verkehrsunfallstatistik 2007. S. 1-2. Im Internet unter: <http://www.kapo.sg.ch/gn/services.Par.0020.DownloadListPar.0001.File.tmp/Vorwort%202007.pdf> (12.08.2008)
- 24 Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2007): Bevölkerungsbefragung Stadt St.Gallen 2007. S. 12-17. Im Internet unter: [http://www.stadt.sg.ch/home/stadt\\_-\\_politik/zahlen\\_\\_fakten/stadtstatistik/publikationen/stadtstatakt2.Par.0016.File.tmp/stadtstatakt-6-2007-BevBef2007.pdf](http://www.stadt.sg.ch/home/stadt_-_politik/zahlen__fakten/stadtstatistik/publikationen/stadtstatakt2.Par.0016.File.tmp/stadtstatakt-6-2007-BevBef2007.pdf) (21.08.2008)
- 25 Kantonspolizei St.Gallen (2008): Presstext Kriminalstatistik 2007. S. 10-12. Im Internet unter: <http://www.kapo.sg.ch/gn/services.Par.0034.DownloadListPar.0019.File.tmp/Krista%202007%20Presstext.pdf> (15.08.2008)
- 26 Referat von Frau Sicherheits- und Justizdirektorin Yvonne Schärli anlässlich dem ordentlichen Parteitag der SP Kanton Luzern vom 08. März 2008 in Hitzkirch. S. 2. Im Internet unter: [http://www.sp-luzern.ch/kantonalpartei/organisation/pt/Referat\\_Sicherheit\\_Yvonne\\_Schaerli.pdf](http://www.sp-luzern.ch/kantonalpartei/organisation/pt/Referat_Sicherheit_Yvonne_Schaerli.pdf) (21.08.2008)
- 27 Eine sauberere Gemeinde ist auch eine sicherere Gemeinde. In: Schweizer Gemeinde, 1/05. S. 10. Im Internet unter: [http://www.chgemeinden.ch/de/PDF-artikel/PDF-Artikel-2005/01\\_05\\_Gemeinden-1.pdf](http://www.chgemeinden.ch/de/PDF-artikel/PDF-Artikel-2005/01_05_Gemeinden-1.pdf) (21.08.2008)
- 28 Kantonspolizei St.Gallen (2007): 7-Punkte-Programm 'Innere Sicherheit' für den Kanton St.Gallen. S. 2. Im Internet unter: <http://www.sg.ch/news/1/2007/01/siebenpunkte-programm.Par.0101.DownloadListPar.0101.File.tmp/Programm.pdf> (21.08.2008)
- 29 Referat von Frau Sicherheits- und Justizdirektorin Yvonne Schärli anlässlich dem ordentlichen Parteitag der SP Kanton Luzern vom 08. März 2008 in Hitzkirch. S. 3. Im Internet unter: [http://www.sp-luzern.ch/kantonalpartei/organisation/pt/Referat\\_Sicherheit\\_Yvonne\\_Schaerli.pdf](http://www.sp-luzern.ch/kantonalpartei/organisation/pt/Referat_Sicherheit_Yvonne_Schaerli.pdf) (21.08.2008)
- 30 Gemäss Stellungnahme des Sicherheits- und Justizdepartements (30.09.2008)
- 31 Kantonspolizei St.Gallen (2007): 7-Punkte-Programm 'Innere Sicherheit' für den Kanton St.Gallen. S. 1-2. Im Internet unter: <http://www.sg.ch/news/1/2007/01/siebenpunkte-programm.Par.0101.DownloadListPar.0101.File.tmp/Programm.pdf> (21.08.2008)
- 32 Gemäss Stellungnahme des Sicherheits- und Justizdepartements (30.09.2008)
- 33 Eine sauberere Gemeinde ist auch eine sicherere Gemeinde. In: Schweizer Gemeinde, 1/05. S. 10-11. Im Internet unter: [http://www.chgemeinden.ch/de/PDF-artikel/PDF-Artikel-2005/01\\_05\\_Gemeinden-1.pdf](http://www.chgemeinden.ch/de/PDF-artikel/PDF-Artikel-2005/01_05_Gemeinden-1.pdf) (21.08.2008)
- 34 vgl. Gardner, Howard (2008): Die entscheidenden Intelligenzen der Zukunft. In: Credit Suisse Bulletin 2/08. S. 8f.
- 35 BFS (2008): Öffentliche Bildungsausgaben in Prozent des Bruttoinlandprodukts. Im Internet unter: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15/02/key/ind5.indicator.50206.502.html?open=502#502> (27.08.2008)
- 36 BFS (2008): Szenarien 2008-2017 für die Hochschulen: Wichtigste Ergebnisse. Im Internet unter: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15/08/dos/blank/15/07.html> (27.08.2008)
- 37 EDK (2008): Hochschullandschaft. Im Internet unter: [http://www.sbf.admin.ch/htm/themen/uni/hls\\_de.html](http://www.sbf.admin.ch/htm/themen/uni/hls_de.html) (21.08.2008)
- 38 Regierung des Kantons St.Gallen (2008): Vernehmlassungsantwort zum Entwurf für ein Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG). RRB 2008/51. S. 5.
- 39 Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2003): Der Kanton St.Gallen und seine Menschen in Zahlen 2003. S. 14-15. Im Internet unter: [http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2003.Par.0007.DownloadListPar.0007.File.tmp/KSGMZ2003\\_Bildungsstand.pdf](http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2003.Par.0007.DownloadListPar.0007.File.tmp/KSGMZ2003_Bildungsstand.pdf) (28.08.2008)

- 40 BFS (2008): Szenarien 2008-2017 für die Hochschulen: Wichtigste Ergebnisse. Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/15/08/dos/blank/15/07.html> (27.08.2008)
- 41 Mayer, Kurt und Lorenz Lassnigg (2006): Lernprozesse in der Politik am Beispiel der Etablierung des Fachhochschulsektors in Österreich. In: Reihe Soziologie, Nr. 73, Institut für Höhere Studien (IHS). Wien. S. 31ff.
- 42 Am Beispiel der amerikanischen Elite-Universitäten Stanford, Caltech, MIT und Yale zeigt Avenir Suisse auf, dass diese Universitäten ihre optimale Grösse gefunden hätten und seit 2005 nicht mehr wachsen. Im Vergleich zur ETH zählt das MIT 10 Studierende auf einen Professor, die ETH dagegen 38. Weiter wird ausgeführt, dass die Qualität von Hochschulen mit einem höheren Kapitaleinsatz kaum gesteigert werden kann, da die Forschungs- und Lehraktivitäten nicht im selben Mass zunehmen wie die Mittel. vgl. Avenir Suisse (2008): Grösse bringt keinen Geist. In: Avenir Suisse, Informationsbulletin, Nr. 2 August 2008. S. 2.
- 43 Schweizerische Eidgenossenschaft (2007): Begleitbericht und Kommentar zum Entwurf des Bundesgesetzes über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG). S. 2. Im Internet unter: [http://www.sbf.admin.ch/htm/dokumentation/publikationen/uni/hochschullandschaft/hsl\\_d/HFKG-Begleitbericht\\_de.pdf](http://www.sbf.admin.ch/htm/dokumentation/publikationen/uni/hochschullandschaft/hsl_d/HFKG-Begleitbericht_de.pdf) (27.08.2008)
- 44 Die private Co-Finanzierung der Universität St.Gallen ist mit einem Anteil von über 50% im Vergleich zu den übrigen Universitäten (15%) und den Fachhochschulen (7%) hoch. vgl. Avenir Suisse (2007): Gratisgut Hochschulbildung. In: Avenir Suisse, Informationsbulletin, Nr. 4 Dezember 2007. S. 2.
- 45 Gemäss Stellungnahme des Departements des Innern (30.09.2008)
- 46 BFS (2008): Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2008. Neuchâtel. S. 369ff.
- 47 BFS (2005): Freizeitgestaltung in der Schweiz. Die Situation im Jahr 2003. Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/publikationen.Document.63496.pdf> (25.08.2008)
- 48 BASPO (2008): Sport Schweiz 2008. Das Sportverhalten der Schweizer Bevölkerung. Im Internet unter: [http://www.sportobs.ch/fileadmin/sportobs-dateien/Downloads/Sportobs\\_Sport\\_CH\\_DE.pdf](http://www.sportobs.ch/fileadmin/sportobs-dateien/Downloads/Sportobs_Sport_CH_DE.pdf) (29.07.2008)
- 49 Gesundheitsdepartement Kanton St.Gallen und Schweizerisches Gesundheitsobservatorium (2005): Gesundheit im Kanton St.Gallen. S. 5ff. Im Internet unter:  
[http://www.sg.ch/home/gesundheit/medienkonferenz\\_9.Par.0003.DownloadListPar.0003.FileRef.tmp/Gesundheitsbericht\\_2002\\_Kant\\_SG.pdf](http://www.sg.ch/home/gesundheit/medienkonferenz_9.Par.0003.DownloadListPar.0003.FileRef.tmp/Gesundheitsbericht_2002_Kant_SG.pdf) (21.07.2008)
- 50 Institut für Sozial- und Präventivmedizin der Universität Zürich (2008): Definition Gesundheitskompetenz. Im Internet unter:  
<http://www.gesundheitskompetenz.ch/request.php?site=definitionen&siteID=112&lang=de&futurepatient=74f815c8c9e06aaef5d6b07adae76ca4> (27.08.2008)
- 51 Büro für Arbeits- und sozialpolitische Studien (2006): Ökonomische Aspekte der Gesundheitskompetenzen. S. 24. Im Internet unter:  
[http://www.buerobass.ch/pdf/2006/Gesundheitskompetenzen\\_Bericht.pdf](http://www.buerobass.ch/pdf/2006/Gesundheitskompetenzen_Bericht.pdf) (27.08.2008)
- 52 BK (2003): Herausforderungen 2003-2007. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. Bern. S. 14.
- 53 BFK (2008): Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2008. Bern. S. 310.
- 54 Maag, Daniela (2007): Gesundheitskompetenz bezüglich Ernährung, Bewegung und Gewicht. S. 85. Im Internet unter:  
<http://doc.rero.ch/lm.php?url=1000,40,6,20070806114517-ND/2007COM008.pdf> (27.08.2008)
- 55 BFK (2008): Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2008. Bern. S. 310.
- 56 BK (2007): Herausforderungen 2007-2011. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. Bern. S. 55.
- 57 Schweizerisches Gesundheitsobservatorium (2008): Die Kosten der Langzeitpflege. S. 1. Im Internet unter:  
<http://www.obsan.admin.ch/bfs/obsan/de/index/01/01.Document.106959.pdf> (26.08.2008)
- 58 Horx, Matthias (2002): Referat zum Thema "Was wir über die Zukunft wissen können – Trends und Megatrends des 21. Jahrhunderts". S. 5. Im Internet unter:  
<http://www.hvgr.ch/pdf/horx.pdf> (27.08.2008)
- 59 BK (2007): Herausforderungen 2007-2011. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. Bern. S. 55.
- 60 Gemäss Stellungnahme des Departements des Innern (30.09.2008)
- 61 BFS (2008): Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2008. Neuchâtel. S. 271.

- 62 Amt für Soziales Kanton St.Gallen / Fachstelle für Statistik Kantons St.Gallen (2007): Sozialhilfe Kanton St.Gallen. Im Internet unter:  
[http://www.statistik.sg.ch/home/themen/b13/shs.Par.0021.DownloadListPar.0021.File.tmp/Sozialhilfestatistik\\_2005\\_definitiv.pdf](http://www.statistik.sg.ch/home/themen/b13/shs.Par.0021.DownloadListPar.0021.File.tmp/Sozialhilfestatistik_2005_definitiv.pdf) (15.08.2008)
- 63 BFS (2007): Risikomerkmale junger Frauen in der Sozialhilfe – Medienmitteilung. Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/medienmitteilungen.Document.100584.pdf> (18.08.2008)
- 64 BFS (2008): Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2008. Neuchâtel. S. 276.
- 65 BK (2007): Herausforderungen 2007-2011. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. Bern. S. 48f.
- 66 Prof. Höpflinger, François (2005): Thesen und Beobachtungen zum Wandel der Lebensformen. Vgl. Norbert F. Schneider; Doris Rosenkranz, Ruth Limmer (1998): Nichtkonventionelle Lebensformen. Entstehung, Entwicklung, Konsequenzen, Opladen: Leske & Budrich. S. 203-207. Im Internet unter:  
<http://www.hoepflinger.com/fhtop/fhfamil1b.html> (28.08.2008)
- 67 EJPD (2008): Migrationsbericht 2007. S. 7. Im Internet unter:  
[http://www.bfm.admin.ch/etc/medialib/data/migration/berichte/migration.Par.0001.File.dat/BFM\\_Migrationsbericht\\_07-d.pdf](http://www.bfm.admin.ch/etc/medialib/data/migration/berichte/migration.Par.0001.File.dat/BFM_Migrationsbericht_07-d.pdf) (28.08.2008)
- 68 BFS (2008): Statistisches Jahrbuch der Schweiz 2008. Neuchâtel. S. 23ff.
- 69 BK (2007): Herausforderungen 2007-2011. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. Bern. S. 57.
- 70 Fux, Beat (2005): Familiäre Lebensformen im Wandel. Im Internet unter: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/01/22/publ.Document.66880.pdf>  
(03.09.2008)
- 71 Prof. Höpflinger, François (2005): Thesen und Beobachtungen zum Wandel der Lebensformen. Vgl. Norbert F. Schneider; Doris Rosenkranz, Ruth Limmer (1998): Nichtkonventionelle Lebensformen. Entstehung, Entwicklung, Konsequenzen, Opladen: Leske & Budrich. S. 203-207. Im Internet unter:  
<http://www.hoepflinger.com/fhtop/fhfamil1b.html> (28.08.2008)
- 72 Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2007): Veränderung der Wohnbevölkerung in Folge von Geburten, Todesfällen und Wanderungen. Im Internet unter:  
[http://www.statistik.sg.ch/home/themen/b01/analysen/grafik\\_bewegung.html](http://www.statistik.sg.ch/home/themen/b01/analysen/grafik_bewegung.html) (03.09.2008)
- 73 BFS (2008): Medienmitteilung "Schweizer Bevölkerung nimmt deutlich zu". Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/news/medienmitteilungen.Document.111774.pdf> (28.08.2008)
- 74 BK (2007): Herausforderungen 2007-2011. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. Bern. S. 57.
- 75 Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2007): Veränderung der Wohnbevölkerung in Folge von Geburten, Todesfällen und Wanderungen. Im Internet unter:  
[http://www.statistik.sg.ch/home/themen/b01/analysen/grafik\\_bewegung.html](http://www.statistik.sg.ch/home/themen/b01/analysen/grafik_bewegung.html) (03.09.2008)
- 76 Schweizerische Eidgenossenschaft (2008): EDI, Strategie für eine schweizerische Kinder- und Jugendpolitik. S. 7. Im Internet unter: <http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/12878.pdf> (03.09.2008)
- 77 Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2004): Der Kanton St.Gallen und seine Menschen in Zahlen 2004. S. 8-9. Im Internet unter:  
<http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2004.Par.0005.DownloadListPar.0005.File.tmp/KSGMZ2004-Pendelnde.pdf> (19.08.2008)
- 78 Amt für Raumentwicklung Kanton St.Gallen (2007): Mobilität im Kanton St.Gallen. St.Gallen. S. 6.
- 78 ARE (2006): Faktenblatt. Die Nutzung des Verkehrs. S.1-3. Im Internet unter: <http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/6805.pdf>  
(08.10.2008)
- 79 ARE (2005): Kernindikatoren für die Nachhaltige Entwicklung in Städten und Kantonen. Bericht des Cercle Indicateurs. S. 38. Im Internet unter:  
<http://www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/00268/00552/00554/index.html?> (04.08.2008)
- Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2002): Der Kanton St.Gallen und seine Menschen in Zahlen 2002. S. 14-15. Im Internet unter:  
[http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2002.Par.0009.DownloadListPar.0009.File.tmp/KSGMZ2002\\_Personenwagen.pdf](http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2002.Par.0009.DownloadListPar.0009.File.tmp/KSGMZ2002_Personenwagen.pdf) (19.08.2008)
- 80 Amt für Raumentwicklung Kanton St.Gallen (2007): Mobilität im Kanton St.Gallen. St.Gallen. S. 6.
- 80 BAFU / BFS (2007): Umwelt Schweiz 2007. Bern / Neuchâtel. S. 37-40.

- BFS (2008): Panorama 11. Mobilität und Verkehr. S. 4-5. Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/11/01/pan.parsys.0002.downloadList.58018.DownloadFile.tmp/sjb2008panb11.pdf> (13.08.2008)
- 81 BFS / ARE / DEZA / BAFU (2008): Nachhaltige Entwicklung in Kürze 2008. 17 Schlüsselindikatoren zeigen den Fortschritt. Neuchâtel. S. 18.
- 82 BFS (2008): Panorama 11. Mobilität und Verkehr. S. 4. Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/11/01/pan.parsys.0002.downloadList.58018.DownloadFile.tmp/sjb2008panb11.pdf> (13.08.2008)
- Kantonspolizei St.Gallen (2008): Vorwort Verkehrsunfallstatistik 2007. S. 1-2. Im Internet unter:  
<http://www.kapo.sg.ch/gn/services.Par.0020.DownloadListPar.0001.File.tmp/Vorwort%202007.pdf> (22.08.2008)
- 83 Ernst Basler & Partner (2008): Zukunftstrends für den Kanton St.Gallen. Unterlagen zur Bewertung der Stärke und Wirkungsrichtung der Zukunftstrends für den Kanton St.Gallen. S. 3.
- 84 BAFU / BFS (2007): Umwelt Schweiz 2007. Bern / Neuchâtel. S. 41.
- 85 BFS / ARE (2007): Fact Sheet. Mobilität in der Schweiz. Ergebnisse des Mikrozensus zum Verkehrsverhalten. S. 7-8. Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/11/07/01/02/01.Document.91826.pdf> (19.08.2008)
- 86 Amt für Raumentwicklung Kanton St.Gallen (2007): Mobilität im Kanton St.Gallen. St.Gallen. S. 6-7.
- 87 BAFU / BFS (2007): Umwelt Schweiz 2007. Bern / Neuchâtel. S. 36.
- 88 Amt für Raumentwicklung Kanton St.Gallen (2007): Mobilität im Kanton St.Gallen. St.Gallen. S. 23; S. 26.
- 89 ARE (2005): Kernindikatoren für die Nachhaltige Entwicklung in Städten und Kantonen. Bericht des Cercle Indicateurs. S. 38. Im Internet unter:  
<http://www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/00268/00552/00554/index.html?> (04.08.2008)
- 90 Verein Metropole Schweiz (2002): Charta für die Zukunft einer urbanen Schweiz. S. 5. Im Internet unter: [http://www.metropole-ch.ch/de/publikationen/charta\\_de.pdf](http://www.metropole-ch.ch/de/publikationen/charta_de.pdf) (13.08.2008)
- ARE (2005): Kernindikatoren für die Nachhaltige Entwicklung in Städten und Kantonen. Bericht des Cercle Indicateurs. S. 38. Im Internet unter:  
<http://www.are.admin.ch/themen/nachhaltig/00268/00552/00554/index.html?> (04.08.2008)
- 91 Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2000): Der Kanton St.Gallen und seine Menschen in Zahlen 2000. S. 6-7. Im Internet unter:  
<http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2000.Par.0002.DownloadListPar.0002.File.tmp/Raum.pdf> (13.08.2008)
- 92 Ernst Basler & Partner (2008): Zukunftstrends für den Kanton St.Gallen. Unterlagen zur Bewertung der Stärke und Wirkungsrichtung der Zukunftstrends für den Kanton St.Gallen. S. 10.
- Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2000): Der Kanton St.Gallen und seine Menschen in Zahlen 2000. S. 6-7. Im Internet unter:  
<http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2000.Par.0002.DownloadListPar.0002.File.tmp/Raum.pdf> (13.08.2008)
- Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2008): Bau- und Wohnungswesen. Aktueller Wohnungsbestand. Im Internet unter:  
[http://www.statistik.sg.ch/home/themen/b09/Bestand\\_aktuell.html](http://www.statistik.sg.ch/home/themen/b09/Bestand_aktuell.html) (27.08.2008)
- 93 BFS (2008): Panorama 2. Raum und Umwelt. S. 5-6. Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/02/01/pan.parsys.0002.downloadList.2521.DownloadFile.tmp/sjb2008panb02.pdf> (13.08.2008)
- BFS / ARE / DEZA / BAFU (2008): Nachhaltige Entwicklung in Kürze 2008. 17 Schlüsselindikatoren zeigen den Fortschritt. Neuchâtel. S. 16.
- Ernst Basler & Partner (2008): Zukunftstrends für den Kanton St.Gallen. Unterlagen zur Bewertung der Stärke und Wirkungsrichtung der Zukunftstrends für den Kanton St.Gallen. S. 9-10.
- 94 BAFU / BFS (2007): Umwelt Schweiz 2007. Bern / Neuchâtel. S. 30-31; S. 74-78.
- BFS (2008): Panorama 8. Energie. S. 3. Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/08/01/pan.parsys.0002.downloadList.40096.DownloadFile.tmp/sjb2008panb08.pdf> (13.08.2008)
- Ernst Basler & Partner (2008): Zukunftstrends für den Kanton St.Gallen. Unterlagen zur Bewertung der Stärke und Wirkungsrichtung der Zukunftstrends für den Kanton St.Gallen. S. 8-9.

- 95 Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2002): Der Kanton St.Gallen und seine Menschen in Zahlen 2002. S. 12-13. Im Internet unter:  
[http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2002.Par.0008.DownloadListPar.0008.File.tmp/KSGMZ2002\\_Abfall.pdf](http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2002.Par.0008.DownloadListPar.0008.File.tmp/KSGMZ2002_Abfall.pdf) (13.08.2008)
- 96 BFS (2008): Analysen: Der ökologische Fussabdruck der Schweiz. Im Internet unter: <http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/21/03/blank/blank/01.html>  
(22.08.2008)
- 97 BFS / ARE / DEZA / BAFU (2006): Der ökologische Fussabdruck der Schweiz. Ein Beitrag zur Nachhaltigkeitsdiskussion. Neuchâtel. S. 6-9. – Abbildung S. 7.
- 98 BFS / ARE / DEZA / BAFU (2006): Der ökologische Fussabdruck der Schweiz. Ein Beitrag zur Nachhaltigkeitsdiskussion. Neuchâtel. S. 16.
- 99 BFS (2008): Panorama 2. Raum und Umwelt. S. 3. Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/02/01/pan.parsys.0002.downloadList.2521.DownloadFile.tmp/sjb2008panb02.pdf> (13.08.2008)
- 100 BAFU / BFS (2007): Umwelt Schweiz 2007. Bern / Neuchâtel. S. 75.
- 101 BFS / ARE / DEZA / BAFU (2006): Der ökologische Fussabdruck der Schweiz. Ein Beitrag zur Nachhaltigkeitsdiskussion. Neuchâtel. S. 6-9.
- 102 BAFU / BFS (2007): Umwelt Schweiz 2007. Bern / Neuchâtel. S. 74; S. 77-78.  
BFS (2008): Panorama 2. Raum und Umwelt. S. 3. Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/02/01/pan.parsys.0002.downloadList.2521.DownloadFile.tmp/sjb2008panb02.pdf> (13.08.2008)
- 103 BFE (2007): Energieperspektiven 2035. Management Summary. S. 4. Im Internet unter: <http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/7000.pdf> (13.08.2008)
- 104 BFE (2007): Energieperspektiven 2035. Management Summary. S. 19. Im Internet unter: <http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/7000.pdf> (13.08.2008)
- 105 BFE (2007): Energieperspektiven 2035. Management Summary. S. 18-19. Im Internet unter: <http://www.news-service.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/7000.pdf> (13.08.2008)
- 106 BK (2007): Herausforderungen 2007-2011. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. Bern. S. 80.  
Gemäss Stellungnahme des Volkswirtschaftsdepartements (30.09.2008)
- 107 BFS (2008): Panorama 2. Raum und Umwelt. S. 2. Im Internet unter:  
<http://www.bfs.admin.ch/bfs/portal/de/index/themen/02/01/pan.parsys.0002.downloadList.2521.DownloadFile.tmp/sjb2008panb02.pdf> (13.08.2008)
- 109 Amt für Raumentwicklung Kanton St.Gallen (2003): Bauzonen im Kanton St.Gallen. St.Gallen. S. 6.
- 110 Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2004): Der Kanton St.Gallen und seine Menschen in Zahlen 2004. S. 4-5. Im Internet unter:  
<http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2004.Par.0002.DownloadListPar.0002.File.tmp/KSGMZ2004-Wohnflaeche.pdf> (13.08.2008)
- 111 Amt für Raumentwicklung Kanton St.Gallen (2003): Bauzonen im Kanton St.Gallen. St.Gallen. S. 14.  
Gemäss Stellungnahme des Volkswirtschaftsdepartements (30.09.2008)
- 112 Amt für Raumentwicklung Kanton St.Gallen (2003): Bauzonen im Kanton St.Gallen. St.Gallen. S. 6-7.
- 114 Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2006): Der Kanton St.Gallen und seine Menschen in Zahlen 2006. S. 16-17. Im Internet unter:  
[http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2006.Par.0008.DownloadListPar.0008.File.tmp/KSGMZ2006\\_Wohnbau.pdf](http://www.statistik.sg.ch/home/publikationen/ksgmz/2006.Par.0008.DownloadListPar.0008.File.tmp/KSGMZ2006_Wohnbau.pdf) (13.08.2008)
- 115 Gemäss Stellungnahme des Finanzdepartements (30.09.2008)
- 116 Verein Metropole Schweiz (2002): Charta für die Zukunft einer urbanen Schweiz. S. 6. Im Internet unter: [http://www.metropole-ch.ch/de/publikationen/charta\\_de.pdf](http://www.metropole-ch.ch/de/publikationen/charta_de.pdf)  
(13.08.2008)
- 117 BK (2007): Herausforderungen 2007-2011. Trendentwicklungen und mögliche Zukunftsthemen für die Bundespolitik. Bern. S. 81.  
Gemäss Stellungnahme des Baudepartements und des Volkswirtschaftsdepartements (30.09.2008)
- 118 Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell (2008): Konjunkturtest Mai 2008. Im Internet unter:  
[http://www.ihk.ch/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/konjunkturtest/Konjunktur\\_Mai\\_2008.pdf](http://www.ihk.ch/fileadmin/user_upload/Publikationen/konjunkturtest/Konjunktur_Mai_2008.pdf) (22.07.2008)

- 120 Fachstelle für Statistik Kanton St.Gallen (2008): Beschäftigungsbarometer Kanton St.Gallen 1. Quartal 2008. Im Internet unter: <http://www.statistik.sg.ch/home/themen/b03/beschbarom/1Q08/barom.html> (22.07.2008)
- 121 Credit Suisse (2008): St.Gallen, Appenzell Innerhoden und Ausserrhoden. Struktur und Perspektiven. S. 18-19. Im Internet unter: [https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701\\_region\\_stgallen\\_de.pdf](https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701_region_stgallen_de.pdf) (23.07.2008)
- 122 Gemäss Stellungnahme des Departements des Innern (30.09.2008)
- 123 Credit Suisse (2008): St.Gallen, Appenzell Innerhoden und Ausserrhoden. Struktur und Perspektiven. S. 25. Im Internet unter: [https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701\\_region\\_stgallen\\_de.pdf](https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701_region_stgallen_de.pdf) (23.07.2008)
- 124 Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell (2007): Wirtschaftsstudie "Ostschweiz 2007". Im Internet unter: [http://www.ihk.ch/fileadmin/user\\_upload/veranstaltungen/2008/export/Studie\\_Web.pdf](http://www.ihk.ch/fileadmin/user_upload/veranstaltungen/2008/export/Studie_Web.pdf) (05.08.2008)
- 125 Credit Suisse (2008): St.Gallen, Appenzell Innerhoden und Ausserrhoden. Struktur und Perspektiven. S. 19. Im Internet unter: [https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701\\_region\\_stgallen\\_de.pdf](https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701_region_stgallen_de.pdf) (05.07.2008)
- 126 Credit Suisse (2008): St.Gallen, Appenzell Innerhoden und Ausserrhoden. Struktur und Perspektiven. S. 24. Im Internet unter: [https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701\\_region\\_stgallen\\_de.pdf](https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701_region_stgallen_de.pdf) (11.08.2008)
- 126 Kanton St.Gallen (2008): Wirtschaftsregionen mit stark unterschiedlicher Entwicklung. Ursachen (Bericht der Regierung vom 12. August 2008, 40.08.02). S. 17. Im Internet unter: <https://www.ratsinfo.sg.ch/home/geschaeftssuche.detail.html?geschaeftid=82EA98FE-D3B7-442A-8CE2-836EB6F2AD14&ziel=1> (04.09.2008)
- 127 Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell (2007): Wirtschaftsstudie "Ostschweiz 2007". Im Internet unter: [http://www.ihk.ch/fileadmin/user\\_upload/veranstaltungen/2008/export/Studie\\_Web.pdf](http://www.ihk.ch/fileadmin/user_upload/veranstaltungen/2008/export/Studie_Web.pdf) (05.08.2008)
- 128 Credit Suisse (2008): St.Gallen, Appenzell Innerhoden und Ausserrhoden. Struktur und Perspektiven. S. 37ff. Im Internet unter: [https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701\\_region\\_stgallen\\_de.pdf](https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701_region_stgallen_de.pdf) (05.07.2008)
- 129 Kanton St.Gallen (2008): Wirtschaftsregionen mit stark unterschiedlicher Entwicklung. Ursachen (Bericht der Regierung vom 12. August 2008, 40.08.02). S. 18-19. Im Internet unter: <https://www.ratsinfo.sg.ch/home/geschaeftssuche.detail.html?geschaeftid=82EA98FE-D3B7-442A-8CE2-836EB6F2AD14&ziel=1> (04.09.2008)
- 130 Ernst Basler & Partner (2008): Zukunftstrends für den Kanton St.Gallen. Unterlagen zur Bewertung der Stärke und Wirkungsrichtung der Zukunftstrends für den Kanton St.Gallen.
- 131 Credit Suisse (2008): St.Gallen, Appenzell Innerhoden und Ausserrhoden. Struktur und Perspektiven. S. 40f. Im Internet unter: [https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701\\_region\\_stgallen\\_de.pdf](https://entry4.credit-suisse.ch/csfs/research/p/d/de/schweiz/regionen/media/pdf/080701_region_stgallen_de.pdf) (05.07.2008)
- 132 Gemäss Stellungnahme des Baudepartementes(30.09.2008)
- 133 Kanton St.Gallen (2008): Rechnung 2007. Bericht der Regierung vom 18. März 2008
- 134 Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell (2007): Wirtschaftsstudie Ostschweiz 2007. Im Internet unter: [http://www.ihk.ch/fileadmin/user\\_upload/veranstaltungen/2008/export/Studie\\_Web.pdf](http://www.ihk.ch/fileadmin/user_upload/veranstaltungen/2008/export/Studie_Web.pdf) (25.07.2008)
- 135 Kanton St.Gallen (2008): Rechnung 2007. Bericht der Regierung vom 18. März 2008
- 136 Kanton St.Gallen (2008): Porträt Kanton St.Gallen. Im Internet unter: [http://www.sg.ch/k/kanton\\_st\\_gallen/portrait\\_kanton\\_st/druckansicht.html](http://www.sg.ch/k/kanton_st_gallen/portrait_kanton_st/druckansicht.html) (24.07.2008)
- 137 Gemäss Stellungnahme des Volkswirtschaftsdepartementes (30.09.2008)
- 138 Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell (2007): Wirtschaftsstudie Ostschweiz 2007. Im Internet unter: [http://www.ihk.ch/fileadmin/user\\_upload/veranstaltungen/2008/export/Studie\\_Web.pdf](http://www.ihk.ch/fileadmin/user_upload/veranstaltungen/2008/export/Studie_Web.pdf) (25.07.2008)
- 139 Kanton St.Gallen (2008): Porträt Kanton St.Gallen. Im Internet unter: [http://www.sg.ch/k/kanton\\_st\\_gallen/portrait\\_kanton\\_st/druckansicht.html](http://www.sg.ch/k/kanton_st_gallen/portrait_kanton_st/druckansicht.html) (24.07.2008)
- 140 Gemäss Stellungnahme des Finanzdepartementes (30.09.2008)
- 140 Industrie- und Handelskammer St.Gallen-Appenzell (2007): Wirtschaftsstudie Ostschweiz 2007. Im Internet unter: [http://www.ihk.ch/fileadmin/user\\_upload/veranstaltungen/2008/export/Studie\\_Web.pdf](http://www.ihk.ch/fileadmin/user_upload/veranstaltungen/2008/export/Studie_Web.pdf) (25.07.2008)